INTERNATIONALE
KONFERENZ
27 OKTOBER 1984
FRANKFURT
gegen die Diskriminierung von Ausländer
für volle Gleichberechtigung

Prof. Dr. Georg Auerheimer (Marburg)
Hasan Özas (Bundesvorsitzender der FIDEF)
Alf Lomas (Britische Labour Party)
Prof. Dr. Manfred Zuleeg
Prof. Manfred Zabel (Siegen)
Peter Heinrich
Horst Peter (MdB SPD)
Christiana Kukielka (Die Grünen)
Dirk Krüger (DKP)
Charalambos Kefalides (Griechischer Gemeinde)
Alphonse Kahn (VVN)
Prof. Albert Schau
Jean Bellanger (Frankreich CGT)
Peter Gingold
Pfarrer Klaus Enders
Frau Ebba Strange (Abgeordnete SVP-Dänemark)
Van der Lek (MdEP Niederlande)
Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Ausländerpolitik, die Novellierung des Ausländergesetzes und die Ausländerfeindlichkeit werden noch längere Zeit auf der Tagesordnung der Parteien, Gewerkschaften, Kirchenkreisen, demokratischer Organisationen und der Öffentlichkeit bleiben.

Gegen die unmenschlichen Bestimmungen der Konzeption eines neuen Ausländergesetzes von Herrn Zimmermann kamen aus den unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft heftige Reaktionen. Mit Vorbehalt wurden die Bestimmungen über die Verhinderung der Familienzusammenführung und die Herabsetzung des Zuzugsalters für Kinder zurückgenommen.

FIDEF ging bei der Organisierung der "Internationalen Konferenz" von der Tatsache aus, daß hinsichtlich demokratischer Rechte und Freiheiten wichtige Fragen gibt, über die in der Öffentlichkeit diskutiert werden müßte. Das vorliegende Dokument beinhaltet die Aufzeichnungen dieser Konferenz.
Unser Ziel als FIDEF ist es, zur Vorbereitung eines Ausländergesetzes beizutragen, das den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern in allen gesellschaftlichen Bereichen gleiche Rechte einräumt. Wir hoffen, daß diese Broschüre in diesem Sinne dienlich sein wird.


FIDEF-Bundesvorstand

Prof. Dr. Georg Auernheimer
Professor für Erziehungswissenschaft
und Herausgeber eines Handwörterbuchs zur Ausländerarbeit
Meine Damen und Herren,
verehrte Gäste aus dem europäischen Ausland,
liebe Freunde und Kollegen!

Ich wollte zunächst kurz etwas zum bestehenden Ausländerrecht in der Bundesrepublik sagen, zu der ausländerrechtlichen Tradition in Deutschland, etwas zu Grundelementen des Zimmermann-Papiers, der Konzeption des Bundesinnenministers zum Ausländerrecht, und etwas zu den Alternativ-entwürfen, die es dazu in der Zwischenzeit gibt, ohne daß ich dem Verfassungsrechtler zu sehr vorgreifen will. Ich bin nicht juristischer Fachmann.


Die bestehende Gesetzgebung knüpft an die Ausländer-Polizeiverordnung von 1938, nein sogar an die verschärften Kriegsverordnung von 1939 an und steht damit in einer schlimmen Tradition.


Die Bundesrepublik ist, wenn man Vergleiche zieht, in Europa Vorreiter einer verschärften Ausländergesetzgebung, wenngleich die Lage der Arbeitslosen in den Nachbarländern sicher zu wünschen übrig läßt.


Die Ausländer sind dem Ermessen der Behörden ausge- liefert, soweit sie den Gang zum Verwaltungsgericht scheuen. Rechtssicherheit ist damit sowenig gewährleistet wie Rechtsgleichheit, weil die Behörden von Region zu Region unterschiedlich verfahren.

Dies macht eine eigenständige Lebensgestaltung und klare Lebensplanung für Ausländer unmöglich. Die Folgen für die Kinder und Jugendlichen beschäftigen mich als Pädagogen vor allem.

Der Gesetzentwurf des Bundesinnenministers, oder genauer, die Konzeption zu einem solchen Entwurf, die sich auf den Bericht der Kommission Ausländerpolitik stützt, verschärft nun bestehende Diskriminierungen und Unsicherheiten und bringt die Traditionen deutschen Ausländerrechts voll zur Geltung. Erklärte Absicht der Konzeption des Bundesinnenministers ist die Minimierung der Kosten, wenn nötig unter Vor- enthaltung erworbener Ansprüche, zumindest der moralisch erworbenen Ansprüche,
und die Verbesserung der staatlichen Steuerungs-
möglichkeiten. Behördliche Ermessensspielräume werden
nicht zu Gunsten der Betroffenen abgebaut, um mehr
Rechtssicherheit zu schaffen, vielmehr soll die
Ermessensbindung der Behörden dort beseitigt werden,
wo bisherige Verwaltungsgerichtsurteile der Admini-
strative hinderlich erscheinen.

Erklärte Absicht ist weiter die Verhinderung einer
gemisch-ethnischen Gesellschaft um jeden Preis,
neid um den Preis von Grundrechten, und schließlich
die verschärfte politische Kontrolle von Ausländern
bis zur politischen Entmündigung. Vielleicht ist man
sich dessen bewusst, daß die soziale Lage vor allem
der jungen Ausländer in unserem Lande, Zündstoff
in sich birgt, und setzt dagegen Law and Order.

Die Devise heißt: Die Einreise und den Nachzug
erschweren, die Ausweisung erleichtern, die Rück-
kehr förder.

Das Aufenthaltsrecht wird verschlechtert, die
Verfestigung des Aufenthalts wird einseitig von
Integrationsleistungen der Ausländer abhängig ge-
macht. Dabei bleibt unberücksichtigt, daß diese
Leistungen durch die gesellschaftliche Situation
weitgehend verunmöglicht werden, gesicherter
Lebensunterhalt zum Beispiel, der gefordert wird
für eine Verfestigung des Aufenthalts, wird bei
hoher Arbeitslosigkeit zu einer unzumutbaren
Voraussetzung. Sprachkenntnisse und ähnliche
Integrationsleistungen werden trotz der feind-
seitigen Zurückweisung durch die Umwelt zugemutet.

Anstatt die soziale Integration rechtlich zu unter-
stützen, wird die vollzogene kulturelle Integration
zur Voraussetzung eines verbesserten Rechtsstatus
des einzelnen Ausländer gemacht. Der Gleichheits-
grundsatz wird noch mehr als bisher durch Sonder-
behandlung, zum Beispiel Paßzwang, eingeschränkt.

Grundrechte werden nach meinem Eindruck Deutschen
vorbehalten.

Die Diskussion um das Nachzugsalter der Kinder hat
tezweise abgelenkt von anderen äußerst bedenklichen
Bestimmungen des Gesetzentwurfs. Die Herabsetzung
des Nachzugsalters bis auf sechs Jahre ist vorläufig,
aber nur vorläufig, vom Tisch.

An diesem Punkt wird übrigens deutlich, wie das
Schicksal der Ausländer von politischen Konjunkturen
und Koalitionen abhängig ist. An problematischen Punk-
ten, über die zu diskutieren sein wird, möchte ich
nur kurz nennen: die erschwerte Verfestigung des
Aufenthaltsstatus, - die Aufenthaltsberechtigung soll
es nach der neuen Konzeption erst nach zehn Jahren
statt nach wie bisher fünf bzw. acht Jahren geben, -
- die Beseitigung des Vertrauensschutzes beim Aufent-
haltsrecht, die Beschränkung des Familiennachzugs,
vor allem für Ehegatten der zweiten und dritten
Generation, wobei eine Art Zwang zur Einbürgerung
gewährt wird.Zuheirat wird nur für den erleicht-
ert, der sich einbürgernt lass. Der Nachzug der
Kinder soll nur bei Aufenthalt beider Eltern in
der Bundesrepublik möglich sein. Die Ausweitung
- Ausweisungstatbestände wäre als weiterer pro-
blematischer Punkt zu nennen, wobei die Einführung
der sogenannten Ist-Ausweisung vor allem zu
erwähnt ist, die unter Verzicht auf die Prüfung
des Einzelfalles vorgenommen werden soll.

Schließlich die verschärfe politische Kontrolle
der Ausländer. Das Verbot politischer Betätigung
muss erleichtert werden, so die erklärte Absicht,
und wird an irgendwelche dehnbare Paragraphen
gebunden. Bei den Ausweisungsgründen wird unter
- dem äußerst dehnbare Begriff des Extremis-
mum herangezogen.

Die Gesetzentwürfe von SPD und Grünen, - Sie werden
verzeihen, daß ich mich nur auf diese beiden stütze, weil hier tatsächlich die Diskussion bis zum Entwurf gediengen ist. Programme anderer Parteien habe ich noch nicht berücksichtigt, - stellen in jedem Fall positive Alternativen zu dem sogenannten Zimmermann-Entwurf dar.

Der Entwurf der SPD bringt, soweit ich sehe, unverkennbar Verbesserungen für die Ausländer, vor allem, was die Verfestigung des Aufenthaltsstatus angeht. Die Verbesserungen bleiben freilich insgesamt, nach meinem Eindruck in bescheidenem Rahmen.


Beide, SPD und Grüne, sprechen von einem Niederlassungsrecht, allerdings mit sehr unterschiedlichem juristischem Inhalt, was leicht zu Verwirrungen führen kann. Vielleicht kann die Diskussion hier auch zu einer Klärung beitragen.

Weiter würde ich mir erwartet, daß man in den folgenden Beiträgen die Fragen nicht nur des schlimmen Zimmermann-Papiers, sondern der sehr positiven Gegenentwürfe diskutiert und prüft. Vielleicht wird auch die politische Durchsetzbarkeit Anlaß zur Diskussion geben.
Meine Damen und Herren,
verehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen!


Die im September 1983 vorgelegte Konzeption des Bundesministeriums des Inneren für das neue Ausländergesetz machte deutlich, daß die geäußerten Verwaltungsverfahren nicht nur im Wunschmodr mancher Regierungspolitiker existieren. Das BMI-Papier geht, ähnlich wie der Bericht der Bund-Länder-Kommission, von folgenden grundsätzlichen Positionen aus:

1. Verhinderung von Familiennahmenvonführung
2. Verdrängung des Großteils der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer
3. Assimilation der Ausländer, die z.B. für die Bundeswehr benötigt werden und die Isolierung der übrigen Ausländer.

Allerdings öffentliche Diskussion dieser Grundsätze hat dazu geführt, daß in der Gesellschaft geschürte Vorurteile gegen Ausländer, wie "es gibt zu viel Ausländer", "die nehmen uns die Arbeitsplätze weg", "die können sich sowieso nicht anpassen, es ist besser für alle, wenn sie in ihrer Heimat leben" etc. verschärft wurden. Die Sündenbock-Theorie wurde im vollen Umfang in Gang gesetzt. Es wurde Wasser
in die Mühlen neonazistischer und rassistischer Kräfte geleitet, die, wie die jüngsten Ereignisse belegen, noch frecher auftreten.

Die Diskussion hat aber auch etwas anderes gezeigt. Die Rechnung kann nicht ohne die demokratische Öffentlichkeit gemacht werden.

Schon entstand eine breite Protestwelle gegen die ausländerpolitischen Vorhaben, insbesondere von Herrn Zimmermann. Die Proteste erstreckten sich von Kirchen bis hin zu Gewerkschaften, von Oppositionsparteien bis hin zu allen gesellschaftlich relevanten demokratischen Organisationen.

Unter diesem Eindruck konnte Herr Zimmermann in einigen Fragen gebremst werden. So konnte durch einen Kabinettsbeschuß vorläufig die verfassungswidrige Verhinderung der Familienzusammenführung beigelegt werden.

An dieser Stelle möchten wir davor warnen, diesen Beschuß als endgültig zu betrachten. Auch wenn die Frage der Familienzusammenführung zunächst unverändert bleibt, so sind die mindestens so gefährlichen weiteren Punkte des Gesetzesvorhabens nach wie vor auf der Tagesordnung.


Wie soll sich ein Ausländer hierzulande wohl fühlen, wenn er jederzeit damit rechnen muß, abgeschoben zu werden, in allen gesellschaftlichen Bereichen diskriminiert wird.


Ich möchte diese meine Feststellungen anhand des Gesetzesvorhabens mit einigen Beispielen verdeutlichen.

1. Erleichterung der Abschiebung

Die derzeit mit Hilfe von Verordnungen praktizierten Maßnahmen sollen in verschärfter Form in dem Gesetz verankert werden. Demnach soll ein Ausländer ausgewiesen werden, wenn er seinen Aufenthalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten kann, keinen ausreichenden Wohnraum nachweisen kann oder wiederholt gegen die Rechtsordnung verstößt.

"Sicherung des Lebensunterhalts aus eigenen Mitteln" heißt nichts anderes, als daß ein Ausländer, der jahrelang hier gearbeitet, seine Steuern, Abgaben in die Kranken-, Arbeitslosen- und Sozialversicherung geleistet hat, abgeschoben wird, sobald er Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe in Anspruch nehmen muß.

Die Arbeitslosigkeit aber wird nicht von Ausländern verschuldet, sondern von der sind Deutsche und Ausländer in gleicher Weise betroffen.

In welchem Anteil können die Einheimischen bei dieser Wohnungsnot und Wohnraumerziehung für sich in Anspruch nehmen, einen ausreichenden und menschenwürdigen Wohnraum zu besitzen? Hinzu kommt, daß Ausländer nicht in den Wohnungen leben können, die ihnen gefallen, sondern nur in denen, die sie bekommen.

Wenn überlegt wird, daß Herr Zimmermann es vorhat, den Ausländern die Pflicht aufzuerlegen,
stets den Reisepaß bei sich zu tragen, für Kinder unter 16 Jahren Paßzwang einzuführen, wird deut-
lich, welche Folgen diese Bestimmungen über den
Gesetzesverstoß für Ausländer mit sich bringen
können und wenn es nicht verhindert werden kann,
außerdem. Zweimal Reisepaß zu Hause liegen zu
lassen kann zu einer Abschiebung führen. Das
schlimmste dabei ist aber die Formulierung in
der EMI-Konzeption, daß für die Vollstreckung
ausländerechtlicher Maßnahmen die Gerichtsent-
scheidungen nicht abgewertert werden müssen. Ein
Ausländer, der in Verdacht geraten ist, erheb-
lisch oder wiederholt gegen das Gesetz verstoßen
to haben, kann bereits abgeschoben werden, bevor
ihn dieser Tatbestand nachgewiesen wurde.

2. Massive Einschränkung politischer Rechte

Unter dem Deckmantel der "Beseitigung des Aus-
länderextremismus" sollen die demokratischen und
politischen Rechte von Ausländern massiv eingeschränkt
bzw. faktisch aufgehoben werden. Dies öffnet
werden wir mit der Auffassung konfrontiert, was
die Ausländer mit der deutschen Politik zu tun ha-
ben. Dem halten wir entgegen: Gibt es denn über-
haupt eine politische Entscheidung, die nur Deutsche
betrifft? Warum soll dann ein Teil der Bevölkerung
dem politischen Leben ausgeschlossen werden?

Das, was Herr Zimmermann aber mit dieser Maßnahme
bezweckt, ist nicht "nur" die Vorenthaltung eines
weiteren Menschenrechts für Ausländer, sondern
soll eine tiefgreifendere Wirkung haben und ist
von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Die ge-
sellschaftlichen Auseinandersetzungen für die wirt-
schaftlichen, sozialen und demokratischen Inter-
essen der arbeitenden Menschen sollen zugunsten der
Gegenseite geschwächt werden.

Die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer

sind ein unverkennbarer Bestandteil des gewerk-
schaftlichen Lebens und der Friedensbewegung.
Sie sind im gleichen Anteil in den Gewerkschaften
organisiert und haben bisher in den Kämpfen für
die tariflichen Rechte und Erhaltung der Arbeits-
plätze eine aktive Rolle gespielt.

Dies hat der Kollege Steinkühler völlig zutreffend
formuliert. Hinsichtlich der Werftenbesetzung bei
Bremer Vulkan und HDW sagte er, daß er noch nie eine
solche Verschmelzung von Deutschen und Ausländern
erlebt hat wie in diesen Tagen der Werftenbesetzung.
Auch im Kampf für die 35-Stunden-Woche ließen sich
die ausländischen Kolleginnen und Kollegen nichts
nachsagen. Sie standen als Streikposten, waren
mit dem heißen Tee und ihren Spezialitäten zur
Stelle und sie haben mit ihrer Kultur die Moral
der Kollegen gestärkt. Auch die Auseinandersetzungen
bei Videocolor, VDO und woanders sprechen Bände
für sich.

Wer kann sich die Osternärsche, die Menschenketten
und die Volksversammlungen der Friedensbewegung
ohne die Ausländer vorstellen? Im Bewußtsein der
Tatsache, daß die Erhaltung des wichtigsten Men-
schenrechts auf Leben ein Problem für alle Menschen
ist, erfüllten wir unsere Aufgaben in der Friedens-
bewegung. Auch bei den 1. Mai-Rundgebungen des DGB
stellten wir unsere gemeinsamen Forderungen auf.
Gemeinsam schrien wir nach Frieden und Arbeit.

Und genau das stört die Verantwortlichen in Politik
und Wirtschaft.

Jahrzehntelang galt die Bundesrepublik als Muster
für ihren relativen sozialen Burgfrieden. Doch die
tiefe und langanhaltende Krise sowie die Aufbürdung
der Lasten der Krise auf die arbeitenden Menschen
und die sozial Schwache hat zugleich die Unzufrie-
denheit hervorgerufen, den "Burgfrieden" mehr oder
weniger ins Wanken gebracht.
Mit den restriktiven Maßnahmen und dem ökonomischen, sozialen sowie politischen Druck auf ausländische Arbeiter hoffte man, einen Teil der Arbeiter zum Stillhalten zu bringen.


Doch wir wissen, dieses Konzept kann durch das solidarische Verhalten der ausländischen und deutschen Arbeiter durchkreuzt werden.

Ist es denn zuviel, wenn wir sagen: Wir möchten nicht wie Menschen zweiter oder dritter Klasse behandelt werden, sondern gleichberechtigt am sozialen und politischen Leben teilnehmen.

Nach dem Willen und Plänen von Herrn Kohl, Zimmern und ihren politischen Freunden soll nun alles anders werden.

Die politische Betätigung für ausländische Bewohner soll drastisch eingeschränkt oder ganz untersagt werden.


Verhindert werden soll damit auch, daß die Ausländer gegen die reaktionären und faschistischen Regime in ihren Ländern protestieren können. Während, wie z.B. im Fall Türkei, das Europaparlament, der Europarat die Zustände dort verurteilt, der DGB von "himmelschreienenden Menschenrechtsverletzungen" spricht und alle ernstzunehmenden Persönlichkeiten und Institutionen die Einhaltung der Menschenrechte fordern, sollen die Betroffenen nichts sagen dürfen.


Es geht auch um die Existenz von solchen Organisationen der Ausländer, die sich für die Völkerverständigung, für ein besseres Zusammenleben von Deutschen und Ausländern engagieren und hierzu zahlreiche Aktivitäten entwickelt haben. Wir fragen uns an dieser Stelle, wer nach den Ausländern drankommen soll. Die Antwort auf diese Frage bedarf keiner wissenschaftlichen Analysen, ein Rückblick auf die historischen Erfahrungen der Völker genügt völlig.

Meine Damen und Herren,

verehrte Gäste,
ich meine, daß an dieser Stelle eine Wiederholung nicht fehlt an Platz ist.

Sicherlich läßt sich niemand gerne als inhuman, unchristlich oder unsocial abstempeln. Auf dem Papier wollen alle das Beste für uns. Während manche Politiker ihre unmenschlichen Pläne für die Ausländervertreibung der Familie mit den "herrlichen" Worten "Integration" in Verbindung bringen, sprechen andere in der Tat gut, aber nicht ganz ehrlich gemeinte Worte. Denn wir haben alle eine politische Gewicht. Sie brauchen unsere Wählerstimmen nicht.


Lassen Sie uns gemeinsam auf dieser Konferenz neue Impulse für unser gemeinsames Anliegen entwickeln und lassen Sie uns gemeinsam für ein menschenwürdiges Ausländerrecht eintreten. Verhindern wir gemeinsam den verfassungswidrigen Rechtsbruch, der die auch für die Ausländer geltenden Grundrechte ihnen verwehren soll.

Deshalb fordern wir eine Ausländerpolitik, die den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern volle Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen garantiert.


Gewährung nicht nur von Arbeitslosengeld, auch von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ohne rechtliche Benachteiligung.

Freie politische Betätigung in allen Ebenen und Kommunalwahlrecht für Ausländer und Ausländerinnen.

Uneingeschränkte Geltung des Grundrechtes auf Asyl für alle politischen Flüchtlinge.


Wir wollen zunächst einmal ein Ende dieser Ausländergesetze, und wir wollen darüber hinaus auch ein Ende der ständigen Verleumdung gegen die Einwanderer, die für alles schuldig gemacht werden, die Arbeitslosigkeit, fehlende Hausbedingungen, was in Wirklichkeit das ökonomische System verschuldet hat.

Es gibt Teile in meinem Wahlkreis, wo sich die Familien schon im wörtlichen Sinne des Wortes verbarricadieren müssen in ihren Häusern und Wohnungen, weil es nämlich mehr und mehr auch körperliche Attacken von faschistischen Organisationen gibt. Und anstatt etwas dagegen zu unternehmen, kann man eher noch sagen, daß die Polizei es geradezu unterstützt, indem sie zum
Beispiel grundlos junge Leute verhaftet und sie einige Tage festhält, ohne daß irgend etwas gegen sie vorliegt. Dadurch wird dann weiterhin noch die Angst und der Spannungszustand, unter dem die Leute in den asiatischen und türkischen Gemeinschaften leben müssen, verstärkt.

Mehr und mehr wird davon geredet, auch von der Regierungsseite aus, daß die Ausländer aus dem Land hinausgeworfen werden sollen. Und dabei vergißt die Regierung völlig, daß wir selber diese Leute in unser Land gerufen haben, um die Hospitäler zu betreiben, das Transportsystem zu betreiben, weil damals bei relativer Vollbeschäftigung diese Leute dringend gebraucht wurden. Und heutzutage, wo eben Arbeitslosigkeit besteht, möchte man sie wieder rausschmeißen.

Die Ausländer müssen in unserem Land unter den gleichen Angriffen leiden, wie sie auch die anderen Organisationen der Arbeiterbewegung, wie zum Beispiel die Gewerkschaften, die Bergarbeiter, die jetzt streiken, oder auch die politischen Bewegungen der fortschrittlichen Arbeiterbewegung erleiden.

Und das richtet sich eben gemeinsam gegen alle, die arbeiten. Deshalb ist es eben auch notwendig, daß wir gemeinsam kämpfen, Einwanderer und Gewerkschaftler Seite an Seite. Denn es ist für uns dieselbe Aufgabe.

Unsere Minimalforderungen sind deshalb, ein Ende mit den Ausweisungsmöglichkeiten, die gleichen Rechte in sozialen Belangen und die gleichen Wohnungsbedingungen, gute Wohnungsbedingungen, wie alle anderen auch.

Wir verlangen auch das volle Recht für das politische Asyl; denn genauso wie hier in der Bundesrepublik gibt es auch bei uns viele Leute, die,
Meine sehr geehrten Damen und Herren,


Es gibt genügend Beispiele für Verletzung-
gen von Grundrechten in Einzelentscheidungen, die auf solchen Verwaltungsvorschriften beruhen. Am deutlichsten zeigt sich das bei den Verwaltungsvorschriften über den Nachzug von Familienangehörigen ausländischer Bewohner der Bundesrepublik Deutschland. Daraus folgt, daß das geplante Ausländergesetz die Veränderungen lediglich festeschreibt und verschärft. Im Grundsatz haben wir bereits ein Ausländerrecht, das so verschwommen ist, daß man es in verschiedenenartigen Richtungen ausfüllen kann, insbesondere mit Hilfe des Begriffs der Belange der Bundesrepublik Deutschland. Das heißt, die Beschwerdese, die nach zukünftigem Recht zu erwarten sind, stehen überwiegend schon nach geltendem Ausländerrecht.

Demgegenüber gilt es, die verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Gesetze durchzusetzen. Dabei ist aber von vornherein eine Einschränkung am Platze, und zwar deshalb, weil sich das Grundgesetz, diese in seiner Präambel als Nationalstaat versteht. Die Begrenzung des Ausländerzuzugs als Element der zukünftigen Gesetzgebung und der gegenwärtigen Ausländerpolitik läßt sich mit dem Nationalstaatgedanken rechtfertigen; denn dieser hat zur Folge, daß auf einem bestimmten Territorium ein bestimmtes Volk lebt, das dann die Entscheidungen für dieses Volk trifft und andere Personen ausschließen kann. Nationalstaaten sind also abgegrenzte Territorien, abgegrenzte Gebiete, auf denen jedes Volk für sich seine politischen Entscheidungen trifft. In diese Vorstellung paßt es nicht hinein, daß eine größere Zahl von Bürgern anderer Nationen auf diesem Boden lebt.


Für die Angehörigen der Europäischen Gemeinschaft gilt nun ein besonderer Status, soweit sie sich zum Zweck der Arbeitsauf- nahme in die Bundesrepublik begeben und
sich dort aufhalten. Der besondere Rechts- 
status wird nicht allein durch die deu-

tschen Gerichte, sondern auch durch einen 
Europäischen Gerichtshof abgesichert.

Danach haben die EG-Angehörigen und ihre 
Familien einen gesicherten Aufenthalt.
Ich meine, daß ein solcher gesicherter 
Aufenthaltsstatus ebenfalls für andere 
Ausländer erzielt werden muß, die schon 
länger in der Bundesrepublik ansässig 
sind. Wir können aber auch sagen, daß 
aufgrund der europäischen Integration 
auf deutschem Boden ein Recht gilt, das 
ein Vorbild für die Gleichbehandlung 
der Ausländer in vieler Hinsicht sein 
kann. Seit 1981 haben auch die in der 
Bundesrepublik sich aufhaltenden Grie-
chen den EG-Status. Aller Voraussicht 
nach werden die Portugiesen und die 
Spanier diesen Status erhalten. Es ist 
in meinen Augen nicht einzusehen, war-
halb man dieses Recht nicht auf alle 
anderen Ausländer ausdehnen könnte.

Dabei tritt als wichtiger Punkt die 
Frage auf, wie es sich denn nun mit den 
Türken verhält.

Die Türkei ist kein Mitglied der Eu-
ropäischen Gemeinschaft und wird nach der 
politischen Strömung, die allenthalben 
zu bemerken ist, in absehbarer Zeit kein 
Mitglied werden. Wohl aber hat sie einen 
besonderen Rechtsstatus der Verbindung 
mit der Europäischen Gemeinschaft, näm-
lich eine Assoziation. Aus dem Assoziations-
abkommen zusammen mit einem Zusatzprotokoll 
ergibt sich die Verpflichtung, das kann 
man nicht deutlich genug sagen, die Ver-
pflichtung, für die Europäische Gemein-
schaft und für alle Mitgliedstaaten, die 
das Abkommen und das Zusatzprotokoll mit 
unterschrieben haben, also alle Vertrags-
partner dieser Verträge sind, bis 1986 die 
volle Freizügigkeit zwischen der Türkei 
einerseits und der Europäischen Gemeinschaft 
andererseits herzustellen.

Es ist in der politischen Diskussion zu 
hören, und ich glaube auch, daß sich das 
so durchsetzen wird, den Türken diese Frei-
zügigkeit nicht zu gewähren, obwohl man auf 
diese Weise einen völkerrechtlichen Vertrag 
bringt. Dieser müßte erst abgeändert werden, 
und zwar in erster Linie durch die Europäische 
Gemeinschaft; dabei sind noch nicht einmal 
Verhandlungen auf europäischer Ebene im 
Gange.

Das heißt also, 1986 steuert die Gemeinschaft 
einen Vertragsbruch an. Angesichts der Ar-
beitsmarktlage und der politischen Einstel-
lung wird es sich nicht verhindern lassen, 
däß es zu diesem Vertragsbruch kommt. Immer-
hin müßte aber aus dem Assoziationsabkommen 
und dem Zusatzprotokoll die Konsequenz ge-
zogen werden, daß diejenigen Türken, die 
eine Zulassung erhalten haben, in der Ge-
meinschaft ein gesichertes Aufenthaltsrecht 
wie die EG-Angehörigen haben müßten. Dieses 
Recht hängt nicht allein von deutschem Stellen 
ab, darüber entscheidet vielmehr auch der 
Europäische Gerichtshof. Ich möchte daher 
rechtzeitig darauf hinweisen, daß man ab 
1986 versuchen sollte, das Assoziations-
abkommen und das Zusatzprotokoll in den 
Vordergrund zu schieben, um auf diese Weise 
der Ausländerpolitik, soweit sie auf Diskri-
minierung und Verdrängung ausgerichtet ist, entgegenzutreten.


Wenn ein Ausländer ins Land geholt worden ist, entweder aufgrund des Assoziationsvertrags oder gar aufgrund einer Anwesenheit, erst recht, wenn jemand als Ausländer im Lande geboren und aufgewachsen ist, dann genießt er nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts in zunehmendem Maße eine schutzwürdige Stellung, er genießt Vertrauensschutz. Ich meine, daß dies auch die Konsequenz aus dem Schutz der Würde des Menschen sein muß, die an dem Anfang der Grundrechtsartikel des Grundgesetzes gestellt ist. Wer also einen gesicherten Aufenthalt fordert, kann sich auf die Verfassung berufen.

Man muß allerdings bedenken, daß es wesentlich ist, ob die Richter weiterhin zu dieser Auffassung stehen. Die Bundesrepublik hat sich lautstark auf gewandelte Verhältnisse berufen.


Der gesicherte Aufenthalt allein genügt nicht. Es ist auch erforderlich, daß das Leben in der Bundesrepublik für Ausländer so gestaltet werden kann, daß diese ihre Persönlichkeit entfalten können. Hier ist der Hinweis am Platz, daß fast alle Grundrechte, vor allem das Grundrecht der Meinungs-


Als Frankfurter Professor kann ich darauf hingewiesen, daß jahrelang der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz ein Ausländer war, nämlich Professor Rüegg, ein Schweizer. Meines Wissens gab es deswegen keinerlei Probleme.


Ich möchte allerdings bei der Gelegenheit darauf hinweisen, daß das verfassungsrechtliche Argument sehr schwach ist, und zwar deshalb, weil die Verfassung mit Zweidrittelmehrheit geändert werden kann. Wenn alle im Bundestag vertretenen Parteien die Verfassungsänderung gutheissen, steht dem Kommunalwahlrecht für Ausländer nichts entgegen. Beruft sich also jemand auf das Verfassungsrecht, um das Kommunalwahlrecht für Ausländer zu verhindern, ist in Wahrheit der Wille zu einer derartigen Neuerung nicht vorhanden.

Ich meine, daß für diejenigen, die länger in der Bundesrepublik ansässig sind, es
ein demokratisches Mindestgebot wäre, das Kommunalwahlrecht zu gewähren, und zwar aus dem demokratischen Gedanken heraus.

Auf der Ebene der Kommune sind die Ausländer in gleicher Weise betroffen wie die Deutschen. Der demokratischen Idee nach müßten sie mitsprechen können, welche Entscheidungen getroffen werden.


Ein letzter Punkt: Die volle Gleichberechtigung kann selbstverständlich nur über die Einbürgerung erzielt werden. Soweit ich das beurteilen kann, ist die Politik der Bundesregierung darauf gerichtet, grundsätzlich an der gegenwärtigen Rechtslage nichts zu ändern. Auf der einen Seite sagt man dann, Ausländer hätten ja die Möglichkeit, sich einbürger lassen, um die volle Gleichberechtigung zu erlangen. Andererseits aber wendet man den Grundsatz an, daß Doppelstaatigkeit möglichst zu vermeiden ist. Das bedeutet, wenn der bisherige Staat der Staatsangehörigkeit sich weigert, jemand aus der Staatsangehörigkeit zu entlassen, kann dieser sich in der Bundesrepublik nicht einbürger lassen. Soweit ich informiert bin, ist es für einen Türk sehr schwierig, die türkische Staatsangehörigkeit aufzugeben. Für ein Drittel der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer ist also die Möglichkeit der Einbürgerung zumindest sehr erschwert.

Hier läge ein weiterer Ansatzpunkt, um eine Gleichberechtigung für diejenigen herbeizuführen, die gewillt sind, den lang anhaltenden Aufenthalt als Ausländer
mit der Staatsbürgerschaft abzuschließen. Dazu müßte der Grundsatz, Mehrstaatigkeit zu vermeiden, über Bord geworfen werden. Ich nehme an, daß sich dann viele leichter entschließen könnten, die deutsche neben ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit anzunehmen.

Der Grundsatz, Mehrstaatigkeit zu vermeiden, hat keinen Rückhalt in der Verfassung. Das muß man in aller Deutlichkeit sagen. Aufgrund der verschiedenen Staatsangehörigkeitsgesetze ist eine doppelte Staatsangehörigkeit ohnehin nicht auszuschließen. Gibt es solche Leute, kann man auch eine größere Anzahl zulassen, um auf diese Weise eine Integration zu erzielen, die zur vollen Gleichberechtigung führt. Die Gleichheit bestünde vor allem auch im politischen Bereich. Ich könnte noch eine ganze Reihe anderer Gesichtspunkte anführen, aber ich will Sie nicht länger mit all diesen rechtlichen Erwägungen belästigen.

Zum Schluß möchte ich noch einmal das Grundmuster meiner Argumentation zusammenfassen. Im Ausgangspunkt muß eine Ausländerpolitik, die von der Mehrheit getragen wird, hingenommen werden.


Selbst bei den Grundrechten, die für Ausländer und Deutsche nicht gleich sind, gibt es im einfachen Gesetz gewisse Gleichstellungen, die sogar so weit gehen können, daß sie zur vollen Gleichbehandlung führen. Ich habe vorhin vergessen zu erwähnen, daβ es bei der Berufsfreiheit nicht so ist.

Aber auch hier greift das allgemeine Freiheitsrecht, die freie Entfaltung der Persönlichkeit ein. Die Krönung des Integrationsprozesses wäre eine politische Gleichberechtigung, zumindest ein erster Schritt dazu.

Als Ansatzpunkte kommen vor allem das Kommunalwahlrecht für Ausländer und die Vertretung in den Rundfunkräten in Betracht. Zu denken ist auch an eine erleichterte Einstellung.
Liebe Genossinnen und Genossen!


Genossen, das sind Menschen, die mit anderen gemeinsam ihre Zukunft bestimmen. Das sind Menschen, die das gleiche Brot essen. Das sind Menschen, die gemeinsam, und nur gemeinsam, Nutzen haben. Oder wie in einer altgotischen Form es heißt, Menschen, die in der Not Seite an Seite sind.

Diese Anrede macht deutlich, daß Eintreten für die volle Gleichberechtigung aller Menschen in unserem Land geschieht nicht, wie oft gemeint und gesagt wird, aus caritativer Mildtätigkeit gegenüber dem Fremden. Und ich meine, sie geschieht auch nicht nur aus dem wichtigen Motiv internationaler Solidarität.

Dieses Eintreten erfolgt im ureigensten Interesse der Menschen, die hier leben. Ich glaube, die Luft zum atmen in unserem Land wird dünn und schlecht, wenn das verfassungsmäßige Recht auf politisches Asyl immer mehr begrenzt und durch die Praxis der Behörden faktisch ausgehöhlt wird. Haben wir denn vergessen, wir Deutsche, daß viele aus dem Widerstand gegen Adolf Hitler die Nazi-Zeit nicht überlebt hätten, wenn andere Länder sich ebenfalls so kleinlich und nationalistisch mit den Asylbegehren damals umgegangen wären, wie unsere Behörden das heute tun.

Ich möchte deshalb anknüpfen an meinen Vorredner und fragen, ist der Nationalstaatgedanke im Grundgesetz nicht an vielen Stellen praktisch durch die Wirklichkeit, in der wir leben, schon über-


Die Pläne der Bundesregierung, und darin besonders die Pläne des Innenministers Zimmermann, sind angesichts solcher Entwicklungen meiner Meinung nach ein Rückschritt in eine verhängnisvolle Vergangenheit. Was da geplant wird, trifft sicher zuerst die Ausländer unter uns, aber es betrifft ganz zentral auch uns Deutsche.


Mit Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit begann einmal die Zerstörung Deutschlands, nicht erst im Krieg.

Wer um diesen Zusammenhang weiß, registriert empfindlich bei sich und anderen, wenn Überlegenheitsgefühle gegenüber Menschen anderer Kultur, Religion und Nationalität lautwerden.

Wer um diese Zusammenhänge weiß, der muß um seiner eigenen Glaubwürdigkeit willen sich einsetzen für die Rechte aller Menschen in diesem Land, für Respekt vor der Würde der Fremden, vor ihrer eigenen Kultur und anderen Religionen.


Darum steht für mich der uns aus eigener Geschichte aufgegebene Respekt vor den Menschen, die hier wohnen, Asyl begehren, direkt neben dem Dank an
alle, die hier jahrelang mitgearbeitet und mitgelebt haben. Denn wir Deutsche haben davon profitiert, daß man uns aus unserem Provinzialismus und deutsch-nationalen engstirnigen Denken ein Stückchen herausgefördert hat.

Wir brauchen Euch Türken, und wir wehren uns mit Euch dagegen, daß Ihr nun abgeschoben und außer Landes gebracht werden sollt mit zweielfhaften Lockangeboten. Ein letztes: Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt ja überall, wenn man sie aufmerksam studiert, daß sich die Mobilisierung von nationalistischen Gefühlen immer gegen die arbeitenden Menschen gekehrt hat, Nationalismus ist ein schönes Gefühl, aber wenn man sich anschließt, was dann dabei jeweils herausgekommen ist, so waren es nicht die Reichen und nicht die Herrschaenden, sondern immer die abhängig arbeitenden Menschen, die dafür die Zeche zahlen mußten.

Die internationale Solidarität von Arbeitern einen aus der Türkei kann uns in der Bundesrepublik helfen, daß wir unsere Lektion aus der Geschichte nicht vergessen. Die gegenseitige Missachtung von Menschenrechten in der Türkei und die Verachtung von Menschenrechten im Nazideutschland binden uns aneinander.


Eine menschlichere Zukunft erringen wir nur gemeinsam.
Lieber Freund!

Wenn ich heute, als einer der Initiatoren dieser Vereinigung hier spreche, dann möchte ich betonen, daß unsere Initiative eine Solidarität mit den Demokraten der Türkei organisiert. Eine Solidarität ohne wenn und aber.

Wir haben mehrere Bereiche, die wir mit unserer Aktivität ansprechen wollen. Die Öffentlichkeit muß mehr als bisher über die politischen Verhältnisse in der Türkei aufgeklärt werden. Dies scheint uns besonders zum Zeitpunkt wichtig, nachdem angeblich ein Demokratisierungsprozeß stattgefunden hat.

Ist es doch erst einige Wochen her, daß diese demokratische Regierung, wie sie sich nennt, das Todesurteil gegen Ilyas Has bestätigt hat und damit der brutalen Hinrichtungsjustiz der Junta den Segen gegeben hat.

Sind eigentlich 49 vollstreckte Todesurteile der Junta noch nicht genug, um den wahren Charakter dieser herrschenden Kreise zu zeigen?

Gegen annähernd 500 Leute ist das Todesurteil ausgesprochen, muß es auch erst teilweise von Staatschef Evren bestätigt werden, oder etliche brauchen noch die Bewilligung des Parlaments. Die sogenannte Rückkehr zur Demokratie erweist sich immer wieder als eine Parce.

Diese so demokratische Regierung schämt sich nicht, gegen 49 Mitglieder des Friedenskomitees der Türkei einen neuen Prozeß zu eröffnen. Genau wie in ersten Prozeß gegen die führenden Mitglieder dieses Friedenskomitees stützt sich die Anklage auf die Behauptung, die Angeklagten hätten zwecks Veränderung der verfassungsmäßigen Ordnung eine Vereinigung
gegründet, diese Vereinigung geleitet und sich illegal betätigt. Uns Deutschen erinnert diese Praxis schmerzhaft an eines der dunkelsten Kapitel unserer Geschichte.


Große Besorgnis herrscht auch über die Praktiken, die die Demokraten auf dem Gebiet der Bundesrepublik erfahren, wenn sie um politisches Asyl nachsuchen. Sind in unserer Bundesrepublik Deutschland Türken und Kurden, die in ihrer Heimat verfolgt werden, Asylbewerber minderer Qualität? Was legen wir eigentlich für Maßstäbe gegenüber Asylbewerbern an, die aus einem Land kommen, das mit uns zusammen im militärischen Bündnis der Nato für Freiheit und Recht und Demokratie kämpfen soll? Machen wir uns eigentlich nicht selber lächerlich? Wie halten wir es eigentlich mit der Demokratie in unserem Land, wenn es darum geht, daß die türkischen und kurdischen und die anderen Nationen, da, wo sie zur Mitarbeit aufgefordert werden, nicht selbst bestimmen dürfen, wer ihre berechtigten Interessen im sogenannten Ausländerbeirat oder in Koordinierungskreisen vertreten darf? Beschämend finde ich das!


Eine bittere Erfahrung haben wir Deutsche auch darin, wenn Politiker aus anderen Ländern, vom Militär oder sonstigen anti-demokratischen Kräften in der Türkei über angeblich ordnungsgemäße Verhältnisse aufgeklärt werden. Waren es doch auch seinerzeit angeblich neutrale Vertreter, die in Deutschland in den Konzentrationslagern herumgefahren wurden und die dann alles in Ordnung fanden. Wir ermahnen daher alle Parlamentarier, die auf Einladung der türkischen Regierung im Land herumgeführt werden, sich hier nicht blenden zu lassen. Die Initiative ist gerne bereit, Ihnen vor einer solchen Reise Gespräche zu vermitteln, die Ihnen sehr deutlich sagen, wohin Sie reisen und was Sie aufmerksam verfolgen sollten.

Politische Verfolgte sollen von der Bundesrepublik der vielgepriesenen freiheitlich-demokratischen Grundordnung, dem sozialen Rechtsstaat ferngehalten
werden. Asylsuchende sollen mit solchen Diskriminierungen
dazu bewegt werden, unser Land freiwillig wieder zu
verlassen. Das skandalöse und menschenverachtende
in der Asylpolitik der Bundesregierung zeigt sich
vor allem darin, daß Asylbewerber aus der Türkei
monatelang in Abschiebehaft genommen und dann an
das Terrorregime der Junta ausgeliefert werden.

Der Freitod von Cemal Altun in West-Berlin kenn-
zeichnet die Situation türkischer Demokraten in der
Bundesrepublik. Menschenverachtend und zynisch ist,
en das Landesverwaltungsgericht von Baden-
Württemberg den Asylantrag eines Kurden mit der
Begründung ablehnt, Kurde sei in der Türkei ein
allgemeines Phänomen. Daher könne Verfolgung kein
Grund für Asyl sein.

Der Artikel 16 des Grundgesetzes wurde von den
Kommunisten beantragt und formuliert als Ver-
pflichtung gegenüber Menschen, die politisch
verfolgt werden. Dieses geschah eingedenk der
Tatsache, daß hunderttausende Deutsche während
des Faschismus verfolgt wurden und im Ausland
Asyl suchten und auch gefunden haben und damit
ihre Leben retten konnten.

Dieser Artikel 16 des Grundgesetzes ist somit
auch eine Art Wiedergutmachung, eine Verpflich-
tung gegenüber verfolgten Menschen, die sich aus
den bitteren und leidvollen Jahren der Vergangen-
heit unserer Geschichte ergeben hat. Das darf
nicht verdrängt, das darf nicht vergessen werden.

Das politische Asylrecht darf nicht durchlöchert
und auch nicht unterschiedlich gehandhabt werden,
wie das bisher der Fall war. Wir von der Initii-
ative glauben, daß es gerade heute wichtig ist,
dß sich in unserem Land vor allem die Kräfte
vereinen und zusammenarbeiten, die unsere aus-
ländischen Kollegen im Ringen um Freiheit und um

Demokratie unterstützen. Wir sind der Ansicht,
dß Lippenbekenntnisse allein nicht genügen.
Wir müssen aber auch gleichzeitig den vielen
Organisationen und vor allenDingen einigen der
Gewerkschaften im DGB besonders für ihre Aktivi-
tät um die Ausländer danken. Das soll auch hier
an dieser Stelle einmal gesagt werden.

Wir müssen aber weiter in den verschiedenen
Organisationen dafür sorgen, daß die Solidarität
 eine Herzenssache wird und faktisch einen realen
Wert hat. Unsere Hilfe muß der Rückhalt sein, um
den Freunden die Gelegenheit zu geben, alles zu
tun, um die Demokratie zu festigen.

Demokratie darf kein leerer Wort sein. Demokratie
muß praktisch vorgelebt werden, ohne wenn und
ohne aber.
Liste ausländische und deutsche Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst überbringe ich die Grüße der SPD-Bundestagsfraktion.

Wir sind der Meinung, an der Frage, wie die Menschen in der Bundesrepublik gleiche Rechte erhalten, mit sich auch die Qualität der Gesellschaft der Bundesrepublik. Und die Glaubwürdigkeit einer Gesellschaft erweist sich daran, wie sie mit Minderheiten umgeht.

Nimmt man den obersten Wert des Grundgesetzes, die Menschenwürde als Maßlatte für den Umgang mit Ausländern in der Bundesrepublik, können wir unserer Gesellschaft kein gutes Zeugnis ausstellen. Wenn wir die Ausländer in der Bundesrepublik als Mitbürger auf Abruf betrachten, ohne Sicherheit in der zukünftigen Planung ihres Lebens, deren Recht auf Zusammenleben mit der Familie beschränkt wird, dann widerspricht das der Menschenwürde.

Wenn wir die Familien zwingen wollen, ihre Kinder nur noch bis zum sechsten Lebensjahr nachholen zu können, gleichzeitig die Wohnungssituation als Hemmnis zum Nachzugs aufrechterhalten und ihnen das Recht vorzuenthalten, eine längerfristige Lebensperspektive in der Bundesrepublik aufzubauen, widerspricht das ebenfalls der Menschenwürde in unserem Lande.

Und wenn wir einem ausländischen Ehepaar eine zwangswise Trennung vorschreiben, ehe es in der Bundesrepublik zusammenleben kann, eine Zeit übrigens, die in der Bundesrepublik als Nachweis für die Zerrüttung einer Ehe und die Scheidung reichen soll, dann ist das verlogen und unmenschlich.
Wenn wir Menschen, die seit Jahren in der Bundesrepublik leben, wegen zu kleiner Wohnung, Sozialhilfe, schon geringfügiger Verstöße gegen Gesetze, insbesondere gegen das Ausländergesetz aus dem Lande weisen, wenn wir Ehefrauen wegen Tod ihres Mannes oder Trennung von der Polizei abschieben lassen, dann ist das ein Verhalten, das man nur als menschenunwürdig bezeichnen kann.

Das alles sind aber die Elemente der Ausländerpolitik der Bundesregierung Kohl, die unter dem Anspruch der geistig-moralischen Erneuerung angetreten ist. Sie spricht von Integration, weigert sich aber, die Grundlage jeder Integrationspolitik, eine klare Lebensplanung durch Rechtssicherheit zu definieren.

Sie spricht von Integration, kündigt aber Abschiebung als Prinzip an, wenn sie ständig betont, daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland sei, daß die Grenzen der Aufnahmefähigkeit erreicht seien, obwohl die meisten derjenigen, über die sie spricht, schon länger als zehn Jahre im Land sind und 60 Prozent der jugendlichen Ausländer bereits in der Bundesrepublik geboren wurden.

Dies Verhalten ist geeignet, verborgene Ausländerfeindlichkeit, verdeckte Ausländerfeindlichkeit zu ermutigen und ich fürchte, das ist politische Absicht der Herren Zimmermann und Spranger, um von den unssozialen Folgen der konservativen Politik abzuleiten.


Fernpunkte eines solchen Gesetzes müssen sein, und sind es auch in dem von der Bundestagsfraktion der SPD vorbereiteten Entwurf:

Eine Verfestigung des Aufenthaltsrechts bis zur Einbürgerung oder für diejenigen, die diesen Schritt nicht gehen wollen oder können, wegen des Prinzips der Doppelstaatlichkeit, als eine Vorstufe und Alternative, ein Niederlassungsrecht, das Übrigens in unserem Entwurf für die Mehrheit der in der Bundesrepublik ansässigen Ausländer wirksam werden würde, die schrittweise Erschwerung des Ausweisungsverfahrens entsprechend der Verfestigung des Niederlassungsrechts und vor allem, was sehr wichtig ist, ein eigener aufenthaltsrechtlicher Status der Ehegatten und der volljährig werdenden Kinder, damit sie eigenständig über ihr Schicksal entscheiden können und nicht vorher eintretende Schicksalschläge oder persönliche Probleme Frauen und Jugendliche zwingen, auch gegen ihren Willen dann die Bundesrepublik verlassen zu müssen.

Gewissermaßen als Grundbedingung: keine Verschlechterung des Familienzuschuges. Zimmermann will eine Generalermächtigung, wenn er jetzt sagt, in dem neuen Gesetz soll nichts geregelt werden, mit der – noch Bedarf, wenn wieder drückend wird auf dem Arbeitsmarkt, reingeholt oder ausgewiesen werden kann. Das ist das, was dort hinstehlt und deshalb muß man vorsichtig sein. Was bisher an milderen Tönen von dort rüberkommt, ist noch kein Erfolg.

Aber es ist bereits ein Teilerfolg für den Druck, der von seiten vieler Initiativen deutscher und ausländischer Mitbürger, gesellschaftlicher Orga-
nisationen, auf die Bundesregierung ausgeübt worden ist.


Persönlich halte ich die Zugangsverleihung zum Arbeitsmarkt für eine ganz wichtige zusätzliche Förderung, genauso wie ich persönlich das Kommunalwahlrecht für Ausländer als unumgänglich halte, damit die Ausländer selbst Instrumente in die Hand bekommen, ihren Druck auf die politischen Entscheidungsträger zu verstärken.

Was muß auf gesellschaftlicher Ebene passieren? Wir brauchen ein politisches Klima für Gleichheit, Menschenwürde und gegen Ausländerfeindlichkeit. Und das so etwas geht, konnten wir alle erleben bei den letzten Arbeitskämpfen um die Arbeitszeitverkürzung, wo gerade die ausländischen Kolleginnen und Kollegen bei sehr vielen Arbeitskämpfen den Kern der Streikende gebildet haben und sehr viel gegen Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik auch innerhalb der Arbeitnehmerschaft getan haben. Ich möchte Ihnen hier ganz besonders dafür danken!

Dieser Druck kann nur verstärkt werden, wenn alle Initiativen, die es gibt, das Trennende zurückstellen, ohne es zu verdrängen, aber das Gemeinsame, die volle Gleichberechtigung der ausländischen Mitbürger herbeizuführen als verbindendes Element für alle Initiativen und Aktivitäten verstehen.

Und ich fordere deshalb alle Menschen, die guten Willens sind auf, um den politischen Druck zu erzeugen, der die Bundesregierung zum Nachgeben zwingt, das, was sie vielleicht im stillen Kämmerlein denken, auch nach außen zu bekennen und dazu kann dieser Kongreß, dem ich einen guten Verlauf wünsche, ein wichtiger Meilenstein sein.
Die Bundesarbeitsgemeinschaft Immigranten- und Asylfragen der Grünen hat das Niederlassungs-
gesetz mit erarbeitet, woran allmählich auch andere Länder als die Bundesrepublik Anteil
nehmen. Neues Beispiel dazu: Ich habe vor kurzem gehörnt, daß in Holland das Niederlassungs-
gesetz sehr regiert, eingebracht worden ist. Das finde ich sehr erfreulich und möchte an dieser
Stelle dafür danken. Weiterhin finde ich erfreulich, daß in Spanien aufgrund vieler Initiativen
auch zum Wahlrecht das Wahlrecht für Ausländer vor kurzem den Menschen gegeben wurde, die schon
seit Jahr und Tag darauf gewartet haben, eben die Minderheit der Ausländer.

Ich möchte jetzt auch ebenfalls auf die Geschichte Deutschlands zurückgehen und sie daraus die
Verantwortung für uns alle, die sich Deutscher nennen, manche mit Stolz, viele mit sehr wenig
Stolz, daß wir gerade auch aus unserer Vergangenheit heraus eine Minderheitenpolitik entwickeln
müssen. Wir haben so etwas nicht. Wir stehen aber nicht alleine. Wenn man sich im europäischen
Raum umschaut, so ist es nicht der Fall, daß die Bundesrepublik das Land mit der größten Ausländer-
feldichkeit ist. Auch Länder mit einer gewachsenen demokratischen Kultur und Vergangenheit wie die
Niederlande klagen über fortschreitende Angriffe auf Minderheiten. Wie der englische Vertreter ge-
sagt hat, ist es in England leider seit Jahr und Tag auch nicht anders. Nur trotzdem denke ich, daß wir
hier in der Bundesrepublik eine besondere Rolle spielen. Das läßt sich auch an der Novellierung
der Ausländergesetzes nachvollziehen. Dieses Aus-
ländergesetz ist ein Sondergesetz.

Und dahingehend möchte ich mich jetzt schon für die Grünen entschuldigen, daß uns auch nichts
eßeres einfällt, als wieder einmal ein Sonder-
gesetz zu schreiben, als wir das Niederlassungsrecht vorgeschlagen haben.

Trotzdem sehen wir es in den heutigen Zeiten als einen sinnvollen Schritt in Richtung Gleichberechtigung für Ausländer, sich auch im parlamentarischen Raum dadurch zu bemühen, fortschrittlichere, demokratische Gesetze zu schreiben. Auch wenn wir uns der Gefahr bewusst sind, daß wir ein Sondergesetz schreiben.


Es reicht nicht, alleine moralisch zu sein - obwohl ich sehr viel von Moral halte-, sondern was wir entwickeln müssen, ist tatsächlich eine Gegenoffensive. Und dazu sind heute auch schon einige sehr gute Vorschläge gemacht worden. Eine Gegenoffensive müssen wir beginnen gegen den alten/neugeprüften Familienbegriff, wie er ganz deutlich in dem Entwurf oder ganz deutlich in dem neuen Gesetz zu Tage tritt.

Nicht alleine die Einschränkung des Familiennachzugs, sondern alleine im Text selbst sind so viele derart kultur-rassistische Vorstellungen enthalten, was Familie angeht, daß wir uns dagegen öffentlich zur Wehr setzen müssen.


Da leuchtet es durch, die Deutschen sind etwas Höherwertiges. Und dieses soll stabilisiert werden durch immer neue Verordnungen, Erlasse, Gesetze.

Wir stehen in der Verantwortung, auch die Notstandsge- setzgebung uns in Erinnerung zu rufen, die danach geschrieben wurde, als das Ausländergesetz geschrieben wurde. Das heißt, auch damals waren die ersten, an denen man ausprobte, wie weit man mit der Bevölkerung gehen kann, die Ausländer. Und wir müssen uns heute fragen, wie weit soll's denn

Denn die abhängig beschäftigten Menschen anderer Nationen, eben die Minderheiten, sind die, die Arbeitskämpfe vorangetrieben haben, und das ist politische Betätigung. Das darf nicht sein.

Es darf nicht sein, daß Menschen anderer Nation auf der Straße standen, als das Kindergeld ihnen weggekürzt wurde. Das ist politische Betätigung. Wenn immer mehr Menschen versuchen, in dieses Land zu kommen, auch wenn sie's nicht besonders schön finden oder das Klima sich auch verschärft, wird auf diese Menschen ein Angriff gestartet. Von Seiten der Ideologie tragenden Menschen wird gesagt, es darf nicht sein, daß diese Menschen sich zur Wehr setzen. Das ist politische Betätigung.

Wir haben gerade die Fälle in Hamburg, Alviola. Dort ist ausdrücklich gesagt worden, in Falle der Philippin, Frau Alviola, daß wenn wir, eine breite öffentliche demokratische Bewegung, nicht so viel Öffentlichkeitsarbeit geleistet hätten, dann hätte eventuell der Senat anders entschieden, nämlich stillschweigend ihr vielleicht irgendeine Duldung erteilt. Das heißt, dort wird eine Frau bestraft, die politisch aktiv für ihr Menschenrecht, und das wird immer wieder betont, eingetreten ist. Und das darf nicht sein. Und diese Fortschreibung von dem, was alles nicht sein darf, außer daß Ausländer deutscher als Deutsche sein müssen, das wollen wir eben nicht mehr mitmachen. Da sehen wir Orwell'sche Zeiten auf uns zukommen, wo das ja auch stand: some people are equal, others are more equal, oder, es gibt Gleiche, und andere sind gleicher.


Was wir meinen, mit unserem Niederlassungsgesetz zu erreichen, ist letztendlich, daß wir die Diskussion entfachen wollen um Grundpositionen, wie die SPD sie zum Beispiel nicht vertritt. Die SPD vertritt nicht, die Bundesrepublik ist ein Einwanderungsland. Die Bundesrepublik vertritt nicht, daß Minderheiten anderer Nationen Bevölkerung sind oder Volksstämme sind. Sie traut sich zur Zeit an diesen Volksbegriff nicht ran, weil sie weiß, daß sie die Mehrheit ihrer Wähler in Schrecken und Panik versetzen würde, wenn sie verstehen würden, was damit gemeint ist, wenn man es anders definiert.
Unser Niederlassungsrecht unterscheidet sich sehr deutlich von dem der SPD, das will ich jetzt nur in kurzen Zügen ausführen. Der Entwurf von Herrn Rosen sieht zwar auch ein Niederlassungsrecht vor für Menschen ab 8 Jahren Aufenthalt hier in der Bundesrepublik. Aber es soll dem angeglichen werden, was EG-Recht ist. Das ist natürlich eine Privilegierung von einer Mehrheit der Ausländer, die andere wiederum nicht erfaßt. Und von daher ist dieses Niederlassungsrecht, meinen wir, Makulatur, bzw. eine kleine kosmetische Operation, die keine Offensive bedeutet gegen das, was die CDU/CSU bzw. Bundesministerium für Inneres vorgeschlagen hat. Da sind wir konform mit der CDU/CSU, wenn sie sagt, in den Grundsatzpositionen sind wir uns ja mit der SPD einig.


Der sitzt aber immer noch in diesem Entwurf drin, den auch Herr Rosen von der SPD-Bundestagsfraktion vorgeschlagen hat. Neu ist mir, daß die SPD das Aufenthaltsrecht der Frauen neu regeln will. Das ist auch im Niederlassungsrecht oder Gesetzsentwurf der SPD noch nicht vorhanden gewesen. Es ist aber außerordentlich zu begrüßen, daß die Frauen besonders dabei berücksichtigt werden. Das zeigt also einen Teil Lernfähigkeit auch aus.

Weiterhin babsichtigen wir mit diesem Niederlassungsrecht, das sich in den Grundsatzpositionen eben sehr deutlich unterscheidet von dem, was die SPD vorschlägt, alle Minderheiten der ausländischen Nationen in diesem Falle anzusprechen. Es geht uns nicht darum, alleine diese Menschen, den Menschen mehr Rechte zu geben, die acht Jahre hier in der Bundesrepublik verweilen oder auch nur fünf. Wir haben einen Personenkreis mitbedacht, der eben die Flüchtlinge mit beinhaltet, die Asylbewerber und die Asylberechtigten und selbstverständlich auch die Kinder.

Dort kommt die Problematik auf uns zu, daß die zweite und dritte Generation die Schwierigkeit haben wird, sich zu entscheiden, was sie tun soll. Dieses bleibt weitgehend unberücksichtigt in den Gesetzesvorschlägen der SPD.

Verehrte Anwesende, liebe Freunde,

ich möchte Ihnen zunächst die herzlichsten Grüße des Parteivorstands der DKP, aller Kommunisten unseres Landes überbringen.

Wir halten diese Konferenz und ihre Ziele für in höchstem Maße beachtenswert und wichtig. Deswegen sind wir gerne der Einladung gefolgt und wollen mit unserer Teilnahme auch einen Beitrag zum Erfolg leisten.


Wohl kaum ein Problem in der Bundesrepublik Deutschland löst heute soviel Emotionen, Vorbehalte und leider auch Haßgefühle bei den Menschen unseres Landes aus, wie das Thema Ausländer.

Dabei rufen wir in Erinnerung: Vor genau 20 Jahren wurde der Ein-Millionste sogenannte Gastarbeiter mit Musik und einem Moped als Geschenk begrüßt. Die nachfolgenden
ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter wurden auch mit einer entsprechenden propagandistischen Begleitmusik mit offenen Armen aufgenommen. Damals hatten sie noch die Funktion, die Profiterwartungen der Großkonzerne zu erfüllen, oder zumindest mit zu erfüllen.


Und so sehen wir einen Angriff auf das Grundgesetz in der Ausländerpolitik auch als einen Angriff auf die demokratischen Bewegungen, auf die demokratischen Kräfte unseres eigenen Landes.

Sobald von daher gibt es einen inneren Zusammenhang zwischen dem Kampf unserer ausländischen Kolleginnen und Kollegen und unserem Kampf zur Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten.

Zwischen den Verfassungsgeboten und der Praxis der Regierung sowie der staatlichen Gewalt besteht ein krasser Widerspruch. Hier liegen auch die Ursachen für Ausländerfeindlichkeit, Rassenhass, Nationalismus - ja Menschenfeindlichkeit. Fakten und Tatsachen würden ein Licht auf die Situation, und ich möchte einige von ihnen hier ins Gedächtnis zurückführen, insbesondere auch für unsere ausländischen Teilnehmer hier:


Am 30. August schließlich 1983 stürzte sich der politische Flüchtling aus der Türkei,

Nach dem Willen der Landesanwaltschaft Bayern soll der Ägypter Magdi Gohary aus der BRD ausgewiesen werden. Er lebt und arbeitet seit 20 Jahren hier und ist aktiver Gewerkschaftsfunktionär in der IG Chemie.

Ihm werden Teilnahme an Aktivitäten der Friedensbewegung vorgeworfen, die eine, ich zitiere "Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit der BRD" sein sollen.


In Baden-Württemberg genügt jetzt der Bezug von Sozialhilfe, um ausländerrechtliche Maßnahmen, bis hin zur Ausweisung vorzunehmen. So lautet die Anordnung des CDU-Innenministers Eyrich.


Diese wenigen Fakten, die sich durchaus noch verlängern und ausdehnen ließen, sind unserer Meinung nach lediglich als Spitze des Eises des anzusehen. Sie verdeutlichen: ausländische Arbeiter, die einst angeworben, unworben und begrüßt wurden, werden heute zu Menschen 2. und 3. Klasse. Sie werden be-
handelt und zu Sündenböcken abgestempelt für etwas, was nicht sie zu verantworten haben, sondern das kapitalistische System. Und das sind Krise und Massenarbeitslosigkeit. Jetzt sollen die, die man nicht mehr gebraucht, abgeschoben werden. Geschickt wird dabei die ausländerfeindliche Propagandatrommel gerührt, um die Inhalte ausländerfeindlicher Politik auch noch als eine gute Tat und zum Schutz der deutschen Arbeiter darstellen zu können.


Wir Kommunisten sagen entschieden nein dazu. Wir verurteilen auf das scharfsichtige Angriffe und Übergriffe auf die Rechte ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter. Wir sehen darin eben auch einen Angriff auf unsere eigenen erkannten demokratischen Rechte und Freiheiten und auf soziale Errungenschaften.

Hauptforderungen der DKP sind:

Streitung aller inhumanen, verfassungs- und völkerrechtswidrigen Bestimmungen des Ausländerrechts.

Sofortiger Stop aller Vorhaben, ihre Lebensbedingungen zu verschlechtern, die Rechte der ausländischen Mitbürger weiter einzuschränken.

Ausländer, die mehrere Jahre in der Bundesrepublik leben, müssen die gleichen Rechte wie Bundesbürger erhalten. Dazu gehören auch das aktive und passive Wahlrecht, zumindest bei den Kommunalwahlen sowie die freie politische Betätigung der demokratischen Kräfte unter den ausländischen Mitbürgern.


Beendigung der schändlichen Praxis des Auseinandersetzens ausländischer Familien und das Zuzugsrecht für Kinder und Ehegatten.


Was unsere Gesamtposition zu diesem ganzen Fragenkomplex angeht, so möchte ich Sie auf zwei Broschüren hinweisen:

1. Solidarität mit ausländischen Arbeitern - Forderungsprogramm der DKP

2. DKP und ausländische Arbeiter

Beide Broschüren sind zusammen mit ausländischen Mitbürgern erarbeitet worden, auch mit vielen türkischen Kolleginnen und Kollegen, die hier heute im Saal sind. Sie doku-
mentieren, daß die DKP nicht nur mit Worten, sondern auch im aktiven solidarischen Handeln mit unseren ausländischen Mitbürbern verbunden ist.


Zahlreich sind auch die Aktionen, wo Mitglieder der DKP neonazistische ausländerfeindliche Schmierereien an Wänden und öffentlichen Gebäuden, in Toiletten und anderswo mit einer öffentlichen politischen Aktion dargestellt haben.

Das bringt uns nicht in jedem Fall Beifall ein. Es ist häufig sehr schwer, Aufklärungsarbeit gegen ein solches Hetsblatt wie die "Bildzeitung" zu betreiben. Dennoch, wir werden uns niemals dem Druck beugen. Wir werden immer zur Freundschaft mit unseren ausländischen Kolleginnen und Mitbürger stehen und uns dazu bekennen.

Und wir tun das nicht aus eigennützigen Zwecken, sondern deswegen auch, weil viele Kommunisten selbst in der Zeit des Hitlerfaschismus die schwere Zeit des Exils er-

loht haben. Viele sind daran zerbrochen, viele haben überlebt und vermitteln heute ihre Erfahrungen, ihre Hilfe und Zuneigung, die ihnen damals selbst widerfahren ist.

So gründet sich die Haltung der DKP in dieser wie in anderen Fragen auch auf die geschichtlichen Erfahrungen und die besagten: Dostojewski hat Freundschaft, und Freundschaft heiβt hier wie dort das gleiche.

In diesem Sinne wünschen wir der Konferenz weiterhin einen guten Verlauf. Möge sie ein weiteres Zeichen dafür setzen, daß sich die demokratischen Kräfte aller Völker und Nationen die Hände reichen, daß sie gewillt sind, mit all ihrer Kraft dazu beizutragen, daß die reaktionären Angriffe auf die Rechte unserer ausländischen Mitbürger abgewehrt und die volle Gleichberechtigung hergestellt wird.

Die DKP wird dazu immer ihren Beitrag leisten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
Kolleginnen und Kollegen, liebe türkische Freunde, liebe Gäste!

Im Geist der Freundschaft und der Verbundenheit zwischen den türkischen und griechischen Arbeitsimmigranten möchte ich Euch als Vertreter des Verbandes Griechischer Gemeinden in der Bundesrepublik und West-Berlin recht herzlich begrüßen und Eurer Internationalen Konferenz unsere Solidaritätsgrüße übermitteln.

Eure Position, Eure Forderungen und Eure Sorgen als Arbeitsimmigranten in der Bundesrepublik Deutschland sind auch unsere.

Wir möchten zum heutigen Thema noch hinzufügen, daß man ein politischer Analphabet sein müßte, um nicht zu erkennen, daß es hier, bei der gegenwärtigen Verstärkung und Verschärfung der Ausländergesetze nicht ausschließlich um die Arbeitsimmigranten geht, welche ohnehin machtlos, sowieso Menschen zweiter und dritter Klasse sind und dazu noch im politischen Ghetto leben.

Die Verschärfung der Ausländergesetze richtet sich vielmehr, ja hauptsächlich gegen alle arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik und damit gegen die gewerkschaftliche Arbeit, gegen die gewerksschaftlichen Forderungen selbst und nicht zuletzt gegen die 35-Stunden-Woche und somit gegen die gewerkschaftliche Präsenz.

In Anbetracht dieser Situation ist unser Kampf gegen die Diskriminierung und
gegen die Verschärfung der Ausländerge-
setze ein gemeinsamer Kampf von Deutschen
und Ausländern. Deshalb müssen wir gemein-
sam handeln und die Zusammenarbeit mit den
deutschen Kollegen stark unterstützen.

Wir finden Euren Schritt, eine Internationa-
le Konferenz einzuberufen, sehr richtig.
Ebenfalls richtig und notwendig wäre eine
Internationale Konferenz, an der sich alle
ausländischen Verbände und Vereine sowie
deutsche Demokraten beteiligen würden.

Schließlich möchten wir als Griechen
den Sonderstatus, den man als EG-Angehö-
riger in der Bundesrepublik Deutschland
hat, wie Professor Zuley vorhin interpretie-
tierte, in Frage stellen, weil er im
Grunde genommen nur ein Persilschein
ist. In der Praxis werden wir durch die
Ausländergesetze nicht anders behandelt
als unsere türkischen Kollegen.

Ich danke Euch für Euer aufmerksames
Zuhören!

Albert Schau
Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,
ich bin Literaturwissenschaftler an der Pädagogischen Hochschule in Ludwigsburg. Sie werden's gleich merken.


"Arbeitskräfte hat man gerufen und Menschen sind gekommen", welch' eine Ungeheuerlichkeit.

Ich glaube, von diesem Schock hat sich die Bundesrepublik noch nicht erholt. Denn, in Sachen Menschlichkeit sind wir wenig geübt, haben wir Nachholbedarf, sind wir, und das ist das einzige Mal, wo ich den Begriff Entwicklungsland zulassen möchte, sind wir ein echtes Entwicklungsland. Und darum haben wir unsere ausländischen Freundinnen und Freunde so bitter nötig.

Ohne Zweifel, die billigen Arbeitskräfte aus Italien, aus Griechenland, aus der Türkei und anderswo her, haben tüchtig mitgeholfen, den gesellschaftlichen Reichtum zu bewirkstel¬ligen. Das zuzugehen ist man soeben bereit. Doch, daß diese Arbeitsimmigranten dann auch noch menschliche Bedürfnisse einklagen ist ungeheuerlich.


Zu dieser Zeit waren es vornehmlich polni¬sche Arbeitnehmer im land zu spüren bekamen. 1908 hatte beispielsweise ein Sprachenparagraph ihnen verboten, sich in öffentlichen Versammlungen der polni¬schen Sprache zu bedienen, das war Reichs¬gesetz.


"Arbeitskräfte hat man gerufen und Menschen sind gekommen". Müssen wir uns wundern, wenn man so mit den Arbeitsimmigranten bei uns umspringt? Wir leben in einer Gesellschaft, die auf ein Tauschverhältnis gegründet ist...
das auch vor Menschen nicht haltmacht, die nach den Gesetzen des Profits eingestellt und dann als Wegwerfartikel behandelt werden.


Die "Selbständigen Unternehmer" sorgen sich in ihrer Untersuchung, auf die ich mich immer noch beziehe, daß auch die "kulturellen Kontraste", so nennen sie es, die Arbeitsimmigranten, vor allem türkischer Nationalität in die Bundesrepublik hineintragen, zu Konflikten führen müssen, die als "soziale Nebenkosten" der Beschäftigung zunehmend negativ zu Buche schlagen.


Nicht minder offen heißt es in der Dokumentation der "Selbständigen Unternehmer", und auch das ist so schlimm, daß man es leider nicht laut genug sagen kann:

"In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit sei die Förderung legitim, stehe hier, den nationalen Arbeitsmarkt für eigene Staatsbürger zu reservieren."


Doch der Höhepunkt des zynischen Umgangs mit Ausländern leistete sich ausgerechnet ein christlicher Minister. Als er nach der
Verzweiflungstat Cemal Altuns, dessen Selbstmord wie folgt kommentierte: (Es tut mir leid, es ist schlimm, aber auch das Schlimme muß gesagt werden.) "Jeden Tag", so der Kommentar des christlichen Ministers, "gibt es in der Bundesrepublik Selbstmorde. Wer Selbstmord begeht, bei dem setzen Hirn und Verstand aus". Zitiert nach der Frankfurter Rundschau.

Soviel Schamlosigkeit nimmt einem einfach den Atem. Das ist die extremste Form von Diskriminierung. Einen toten Menschen als pathologischen Fall für seine Verzweiflungstat zu behandeln.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, wir erleben schon seit längerem eine konzentrierte Aktion von Unternehmenschaft, Regierungsparteien sowie bestimmten reaktionären Wissenschaftlern. Mit dem, was sie das "Ausländerproblem" nennen, rigoros fertig zu werden.


Ich frage mich, und ich frage Sie, wie normale, naive, wie vielleicht ichschwache Leser diese Schlagzeile aufnehmen. Sie stand über einer Artikelserie über Bevölkerungsprobleme, die der Direktor des Handelsinstituts an der Universität Saarbrücken, Professor Dietz, veröffentlichte.

Dietz ist Mitglied einer Arbeitsgruppe Bevölkerungsentwicklung, die die Bundesregierung ins Leben rief, und in welcher verschiedene, zum Teil extreme Modelle der Bevölkerungsentwicklung durchgespielt wurden.

Wer muß sich da nicht alles ermuntern fühlen zu ungezetzlichen Aktionen, wenn offizielle staatliche und wissenschaftliche Stellen Szenarios entwickeln, nach denen im Extremfall den Deutschen eine Überfremdung droht?

Der neue Gesetzesvorstoß der Wende-Regierung versucht, der beschriebenen Tendenz der Ausgrenzung ausländischer Arbeitnehmer lediglich eine formaljuristische Wehle zu geben. Der Boden für solche Gesetzesmaßnahmen ist indes längst vorbereitet. (Unsere ausländischen Freunde haben keine politische Lobby, die sie im Bundestag zu einem "Sozialfall" erklären könnte, der dann Zahlungen eines Konzerns nach sich zieht.)

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, die im Augenblick auf Hochstufenden laufende Ausländerfeindlichkeit ist kein Problem, das für sich allein steht und erklärbar ist. Es ist vielmehr ein Problem umfassender ökonomischer und politischer Veränderungen, die die Konzerne zusammen mit staatlichen Stellen und mit Hilfe der modernen Computer-Technologien durchsetzten. Mit den bekannten schlimmen Auswirkungen für alle arbeitenden Menschen, unter denen wiederum unsere ausländischen Freundinnen und Freunde ganz besonders zu leiden haben. Für diese negativen Entwicklungen sollen Ausländer und andere Minderheiten als Sündenböcke herhalten, denen man in die Schuhe schieben möchte, was sie nicht verursacht.
haben.

Liebe ausländische Freundinnen und Freunde, ich versichere Euch meiner ganz persönlichen Solidarität, die einmal sehr schön als die "Zärtlichkeit des Volkes" beschrieben worden ist. Und diese Zärtlichkeit schließt auch ein, das Gedenken an die Opfer des gemeinsamen Kampfes. Und zu gedenken wäre in diesem Zusammenhang des Cemal Altun, aber auch der jungen Semra Ertran, die sich 1982 aus Verzweiflung und aus Protest gegen die "kalte Heimat Bundesrepublik" das Leben nahm. Die Solidarität schließt natürlich ein, das klang heute schon öfter an, den gemeinsamen Kampf um Frieden und eine menschenfreundliche Welt, in der wirklich einmal alle als Schwester und Brüder zusammenleben können.

Oder, wie Nazim Hikmet dies in seinem bekanntesten Gedicht ausgedrückt hat:

Leben
einzeln und frei
wie ein Baum
und brüderlich
wie ein Wald
ist unsere Sehnsucht
Lieber Freund,

ich darf dies wohl sagen, denn der Gedanke der Völkerfreundschaft verbindet uns alle.

Ich habe die Ehre, Ihre Konferenz im Auftrage des Präsidiums der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschisten und des Bundesvorstandes der Interessengemeinschaft ehemaliger deutscher Widerstandskämpfer der Bundesrepublik in den vom Faschismus okkupierten Ländern (IEDW) zu begrüßen und Ihrer Konferenz besten Erfolg zu wünschen.


Niemand besser als wir, die in der Zeit des deutschen Faschismus der Naziideologie von der rassischen und nationalen "Überlegenheit" der "arischen Rasse" ausgesetzt waren und hiergegen Widerstand geleistet haben, sowohl in Deutschland wie in der Emigration, in der ich selbst mit diesen Problemen konfrontiert war, verstehen Ihre Sorgen und Ängste.


Die reaktionären Kreise, deren Masseneinfluß lange Zeit versagt geblieben ist, versuchen mit den typisch faschistischen Argumenten von der Rasse und der angeblichen Notwendigkeit, diese zu bewahren und von einer vorgeblichen Gefahr, die von den Ausländern für unser Volk ausgehen, zu sprechen, obgleich die Verfassungsgründe unserer Grundgesetzes einer solchen Gesetzgebung und Hetzkampagne widersprechen.

Nach Artikel 6 des Grundgesetzes handelt derjenige verfassungswidrig, der zum Beispiel die Familienzusammenführung bei ausländischen Familien in der Bundesrepublik unterbinden will, denn die Familie steht „unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung“, was eindeutig auch für unsere ausländischen Mitbürger in der Bundesrepublik gilt. Hierzu gehört auch der Grundsatz des Artikels 16 unserer Verfassung, wonach "politisch Verfolgte Asylrecht genießen". Wer dennoch – aus gleich welchen Gründen – einen Ausländer, wie den jungen Türken Cemal Altun, der nach 13 Monaten Auslieferungshaft verurteilt wurde, ausliefern will, begeht Verfassungsbruch. Die seitdem immer weiter forcierte Hetzkampagne unter den Bedingungen einer Rüstungshysterie und der wachsenden Krise ist darum so gefährlich, weil versucht wird, alte Vorurteile aufleben zu lassen.

Wir haben mit allem Nachdruck seit langen davor gewarnt, eine solche Kampagne zu dulden oder – wie die Führung der CDU/CSU es tut – sogar Argumentationsmustern dieser rassischen Ideologie zu übernehmen, damit die Gerichte formaljuristisch ausländerfeindliche oder antikommunistische Urteile fällen können.

Wir warnen erneut davor, mit solchen Maßnahmen, wie der geplanten Einschränkung des Asylrechtes


Im Kampf der Widerstandsbeugung gegen die faschistische Rassenpolitik und ihre gefährlichen und für Millionen Menschen tödlichen Auswirkungen haben sich antifaschistische Auffassungen und Zielvorstellungen entwickelt, die für uns aus politischer und moralischer Einsicht auch heute noch aktuelle, konkrete Richtlinien unseres politischen Handelns sind. Auch heute noch stehen wir dafür ein, daß die mit der Anwesenheit von Ausländern verbundenen Probleme nach Grundsätzen des Prinzips der gutachbarlichen Beziehungen zu allen Völkern, also nach antifaschistisch-demokratischen Vorstellungen zu regeln sind.

Deshalb fordern wir:


2. In der Öffentlichkeit - besonders an Schulen - muß erläutert werden, daß das Ausländerproblem kein "biologisches" oder "genetisches" oder "rassisches" Problem ist, sondern daß die sich aus der Arbeit und dem Leben ausländischer Bürger in der Bundesrepublik ergebenden Probleme gesellschaftlicher, politischer, sozialer Natur sind und nur unter Wahrung der Menschenwürde und unter strikter Beachtung des Diskriminierungsverbots gelöst werden können.

Die Gleichheit der Bildungs- und Arbeitschancen für die Kinder der ausländischen Arbeitnehmer ist zu gewährleisten.


ihre Tarnorganisationen müssen verboten werden.


In diesem Sinne treten auch wir gegen das neue Ausländergesetz an und ich möchte Herrn Professor Zulek zustimmen, daß damit auch die Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft strikt eingehalten werden müssen.
Lieber Freund, liebe Kollegen!

Es ist mir eine große Freude heute, hier bei dieser Veranstaltung, von der FDLP organisierter, teilnehmen und die Gewerkschaft CGT aus Frankreich vertreten zu können.

Erlauben Sie mir, in meinem Beitrag die Solidarität der CGT auszusprechen mit allen Kollegin und Kollegen, die für eine größere Gerechtigkeit zwischen den Menschen kämpfen.

Unsere Solidarität mit den Kämpfen der Lohnabhängigen in der Bundesrepublik konnten wir auch zum Anlass des Kampfes für die 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust bekunden, zumal unser Ziel in Frankreich dasselbe ist. Diesbezüglich war dieser Kampf in der Bundesrepublik eine Stütze für uns, da es um eine Forderung geht, die nicht alle in Frankreich und hier in der Bundesrepublik - gerne erfüllt sehen.

Kürzlich konnten wir auch unsere internationale Solidarität den Bergarbeitern Großbritanniens, die im 7. Streikmonat stehen, bekunden.

Unsere Solidarität kann sich nicht nur allein zwischen den Lohnabhängigen der Aufenthaltsländer ausdrücken - Solidarität gewiß von großer Bedeutung und die sich heute auf dieser Veranstaltung kundtut - wir haben internationale Aufgaben - die Anwesenheit zahlreicher ausländischer Arbeitskräfte in unseren Ländern macht es uns zur Pflicht.


Für uns Gewerkschaften, mußte alles getan werden, um die französischen und ausländischen Arbeiter zu vereinigen, damit wir gemeinsam das erreichen können, was wir die sozialen und gewerkschaftlichen Errungenschaften für die Arbeiterklasse nennen, wie:

- das Gewerkschaftsrecht im Betrieb
- Gewählte Vertreter im Betriebsrat
- Gewählte Vertreter im Verwaltungsrat der Betriebe
- Gewählte Vertreter in der Sozialversicherung, usw.

Heute sind die französischen und ausländischen Arbeitnehmer sich ihres gemeinsamen Interesses bewußt, beim Kampf zur Erhaltung der Betriebe, gegen die Betriebsschließungen und die Zerschlagung von ganzen Industriebereichen in den verschiedenen Regionen Frankreichs.

Heute, zu einem Zeitpunkt, wo man die ausländischen Arbeitskräfte für die Krise verantwortlich macht will, ist es mehr als je erforderlich, laut und stark zu sagen:
- Nein, die ausländischen Arbeitskräfte sind nicht für die Krise verantwortlich, die in unseren sogenannten hochentwickelten Ländern herrscht,
- sie sind nicht für die Arbeitslosigkeit verantwortlich,
- noch für die Steigerung der Kriminalität,
- auch nicht für die Verschlechterung der Atmosphäre
in sozialen Wohngebieten
- und nicht für die Situation an den Schulen, die
von Selektion gekennzeichnet ist.

Zu einem Zeitpunkt, wo sich Stimmen erheben, um die
ausländischen Arbeitskräfte in ihre Länder abzu-
schließen, möchten wir aufs Neue unsere Forderungen
unterstreichen:
- Wirklich freie Wahl zur Rückkehr ins Ursprungs-
land
- Bilaterale Kooperation zwischen dem Aufenthalts-
land und dem Ursprungsland
- Volles Integrationsrecht im Aufenthaltsland
- Die Familiensicherung ist ein Grundprinzip,
das eng an das Integrationsrecht gebunden ist.

Diese Prinzipien sind weit davon entfernt, realisiert
darüber zu sein - es ist unsere Aufgabe dazu beizutragen,
dass sie zur Wirklichkeit werden und für diese Auf-
gabe müssen wir gemeinsam handeln.

Zum Abschluß meines Beitrages möchte ich hier
nicht versäumen, einem jungen türkischen Demo-
kraten zu gedenken, der in unserer aller jüngsten
Gedächtnisses ist, Hidir Aslan, der vorgestern
von der türkischen Militärdiktatur hingerichtet
wurde.

Unsere Gewerkschaft CGT hat alle ihre Organis-
ationen und die Lohnabhängigen Frankreichs aufge-
rufen, ihre aktive Solidarität mit den Werktätigen
und dem Volk der Türkei kundzutun, indem sie die so-
förtnige Einstellung der Hinrichtungen, die Befrei-
ung der Gefangenen, die Respektierung der demokra-
tischen und gewerkschaftlichen Freiheiten und der
Menschenrechte in der Türkei, fordern.

Es lebe die internationale Solidarität!
Lieber Kollegen und Kollegin!
Vor allem liebe türkische
Kolleginnen und Kollegen!

Wahrscheinlich werden mich nicht mehr neue
hinzufügen können zu den rechtlichen und politischen Argumenten, die über die Ausländerfeindlichkeit hier gebracht worden sind. Das Wesentlichste ist bereits gesagt worden.

Ich möchte mich nur darauf beschränken, einmal zu sagen, was Menschen empfinden, die die fassistische Hölle überlebt haben, wenn ihnen heute Ausländerfeindschaft begegnet und sie Sprüche hören müssen, wie "Türken raus" oder sogar "Kanaker raus".


Und schließlich tauchen die Bilder der eigenen Heimat auf. In den Abgrund gestoßen, in eine Trümmerlandschaft verwandelt mit den Millionen Toten, die deutsche Jugend in den Massengräbern der Schlachtfelder, Millionen verküpfelt.

Die Frage ist hier zu stellen, wieso war es möglich, wieso konnte der staatlich angeordnete Völkermord mit den fabrikmäßig betriebenen Vernichtungs- maschinen so perfekt und so pervers funktionieren? Doch nur in erster Linie weil mit der Ideologie des Rassenhasses, des Hasses gegen andere Völker unser Volk vergiftet worden ist. Die Nazis haben es nicht erfinden müssen, sie brauchten nur an dem anzuknüpfen, was eh und je in langer deutscher Geschichte im Volke eingepflanzt worden ist. Professor Schau hat hierbei einen historischen Überblick gegeben und die historische Kontinuität dargestellt. Die im kaiserlichen Deutschland verbreitete Herrenrasse-Ideologie war in der Weimarer Republik weitergepflegt. Die Theorie über "Wertunterschiede" der Rassen, d.h. es gibt wertvolle und minderwertige Rassen, war die rassistische Begründung der Expansion des deutschen Großkapitals. Dieser Fremdenhaft hat eine lange Tradition in der deutschen Geschichte und ist tief verwurzelt. Schon vor über tausend Jahren, als die Kirche den Haß gegen Fremdartige innen und außerhalb des Landes geschürt hatte, gegen die Juden als das Volk der Gottesmörder, damals die Schuldigen an allem, was es an Übeln gab, wie an Pest, an Hungersnöten, an Naturkatastrophen. Gegen den äußeren Feind wurde der Haß geschürt, er war immer der heidnische Hund, vor allem das islamische Volk, womit die Rauhkriege, die sich danals Kreuzzüge nannten, rechtfertigt wurden.

Diese Ideologie fortwährend gefördert und gepflegt, daran brauchten, wie schon gesagt, die Nazifaschisten
nur anzuknüpfen. Sie machten diese nur mehr massenwissem und haben damit das deutsche Volk auf dem grausamsten Eroberungs- und Ausrottungsfeldzug, den es je in der Geschichte der Menschheit gab, vorbeireitet.

Diese Tradition findet ihre Fortsetzung nach 1945. Aus dieser rassistischen, völkischen Ideologie ist die heutige Ausländerfeindlichkeit eingeleitet worden, die in den Gesetzen und Erlassen zur Ausländerpolitik, wie sie in Einzelheiten hier dargelegt worden sind, so z.B. das Gesetz gegen die Familienzusammenführung, ihren Niederschlag findet.

Das Sinus-Institut hat bei einer Untersuchung festgestellt, daß 36 Prozent der Wahlberechtigten ein rechtsextremes Weltbild haben. So frage ich mich, wie hoch ist die Prozentzahl derjenigen, die sich - vielleicht zumeist noch schweigend - mit der Kampa nge gegen die biologische Überfremdung, für die Reinhaltung des deutschen Volkstums identifizieren, und von wievielen wird der latente Rassismus getragen? Und wie schnell läßt sich wieder die Massenbasis mobilisieren?

Wer tatenlos die Ausländerhetze hinnimmt, stillschweigt zu den Diskriminierungen der Ausländer und nicht betroffen ist, wenn er solche Sprüche hört wie "Türken raus!" und gleichgültig ist, als ob es in unserer Geschichte nie ein Auschwitz gegeben hätte, oder als hätte Auschwitz irgendwann vor tausend Jahren, vielleicht in der Steinzeit stattgefun den oder irgendwo, vielleicht in Zentralafrika und nicht hier bei uns in jüngster deutscher Geschichte, der macht sich mitschuldig. Er macht sich mitschuldig an einem schlimmen Verbrechen, das sich letzten Endes, wie die Geschichte zeigte, gegen unser Volk richtet.

Wo Ausländerhetze bei uns betrieben wird, riecht es nach Gas!

Jeder ist gefordert beizutragen, der Ideologie des Ausländerhasses den Boden zu entziehen. Dies tun wir am wirksamsten, indem radikal offengelegt wird, woher die soziale Unsicherheit, woher die Verursacher der Massenarbeitslosigkeit sind, woher die Krise und Kriegergefährt kommen. Wenn wir es nicht tun, überlassen wir es den Rechten und den Neonazis, die die Unzufriedenheit der werktätigen Massen gegen Minderheiten - die immer die Sündenbockfunktion zu tragen hatten - organisieren und sie für die Ziele des deutschen Großkapitals einspannen.

Die Lösung: "Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg!" heißt vor allem: gegen Ausländerfeind schaft und Rassenhaß, Solidarität mit den ausländischen Bürgern. Gemeinsam mit unseren ausländischen Bürgern gegen die reaktionären und neofaschistischen Kräfte!
Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn ich bei dieser Konferenz das Wort nehme, dann tue ich dies als Ausländerbeauftragter meiner Landeskirche, der pfälzischen Landeskirche und als Sprecher eines deutsch-ausländerischen Freundeskreises in Kaiserslautern.

Bewusst aber auch als evangelischer Pfarrer und Christ, der versucht, die Aussagen der Bibel und die vielen Äußerungen von Kirche und Diakonie in Sachen ausländischer Mitbürger, Arbeitsträgern und Fremdländer ernstzunehmen und diese Aussagen und diese Äußerungen in der Diskussion zur Sprache zu bringen.

Denn nur dann, so sage ich einmal für mich, wenn wir ernstnehmen, was die gemeinsame Urkunde für Juden und Christen und wohl auch für Muslime sagt, stehen wir auf dem Boden unseres christlichen Glaubens und nehmen wir die Verantwortung wahr für alle Menschen, die bei uns wohnen, arbeiten und leben, die Verantwortung in rechter Weise wahr.


Ich sage als ein Deutscher, hier leben viele Fremde, die wie Einheimische leben sollen und wie Einheimische leben wollen. Unser Recht und unsere Gesetze müssen gelten für alle in gleicher Weise, auch für die ausländi-
schen Menschen, die hier arbeiten und leben, weil wir sie geholfen haben, gebraucht haben und noch brauchen werden. Auch für alle Asylanten, die zum aller allergrößten Teil vor der Not des Hungers, der Arbeitslosigkeit, des Krieges, der Unterdrückung und Verfolgung geflüchtet sind in unser Land, nicht aber um hier menschenunwürdig behandelt zu werden, bei uns und durch uns.

Und wir dürfen um Gottes willen die ökonomischen Verhältnisse, die ganz andere Ursachen haben, nicht dazu benutzen und mißbrauchen, um Sündenböcke zu schaffen, Fremdenangst zu schüren, Ausländerfeindlichkeit zu produzieren und Menschen zu bedrücken, zu schikanieren und zu verdrängen.

Wir müssen vor allen Dingen mit unserem Recht und mit unseren Gesetzen eine Atmosphäre schaffen und erhalten, in der alle Menschen in unserem Land als Menschenbrüder und -schwestern leben können.

Daran rufe ich alle auf, mitzuarbeiten an einer Nachbarschaft, die Freiheit schafft. Mitzukämpfen gegen Vorurteile und ausländerfeindliche Tendenzen, einzutreten gegen jegliche ansteckenden Restriktionen und Einschränkungen im Ausländerrecht, gegen zum Himmel sehrende Verwaltungspraktiken und gegen die ablehnende Stimmung Ausländern gegenüber, in weiten Teilen der Bevölkerung.


Und dazu gehört auch, daß die besonderen kulturellen Erfahrungen, die respektiert werden müssen, als Chance für eine kulturelle Bereicherung erfahren werden, und daß wir uns für ein europäisches und weltweites friedliches Zusammenleben engagieren.

Ziel unserer Bemühungen muß sein, ein solidarisches Zusammenleben. Und dies schließt die Beseitigung aller Ungleichbehandlung und die Befreiung der Menschen von allen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung ein, ja Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit sind nur möglich, wenn Ungleichbehandlung abgebaut, Ablehnung von fremden Menschen abgewehrt und jede Form von Rassismus bekämpft wird.

Lieber Konferenzteilnehmer!

Ich soll versuchen, in Deutsch zu sprechen. Ich hoffe, daß Ihr mich versteht.


Ich finde es sehr bedeutungsvoll, daß wir, die wir in den westeuropäischen Ländern gegen Diskriminierung, für Gleichberechtigung der Ausländer kämpfen, diese Gelegenheit bekommen haben, Erfahrungen auszutauschen über die Lage in den verschiedenen Ländern.

Ich bin davon überzeugt, daß zwischen den Regierungen der westeuropäischen Staaten ein großer Wunsch besteht, die Gesetze auf diesem Gebiet zu harmonisieren. Und da wir zur Zeit in unseren Staaten sehr konservative Regierungen haben, wird eine Harmonisierung bewirken, daß wir noch strengere Gesetze bekommen, falls wir nicht imstande sind, eine starke Gegenbewegung zu schaffen.

Über die Rechtslage der ausländischen Arbeiter in Dänemark kann ich sagen, daß sie auf einem ziemlich neuen Ausländergesetz fußt, das im Juni 1983 vom dänischen Folketing verabschiedet wurde. Demgemäß werden Ausländer in Dänemark in drei Gruppen aufgeteilt:

- diejenigen, die aus den anderen nordischen Ländern kommen,
- diejenigen, die aus den anderen EG-Ländern kommen, und
- diejenigen, die aus Ländern außerhalb des Nordens und der EG kommen.

Gemäß der nordischen Vereinbarung können Bürger
aus den anderen nordischen Ländern in Dänemark frei einreisen, sich dort aufhalten und arbeiten. Sie sind jedoch nicht von der Ausweisungsgefahr nach denselben Ausweisungsvorschriften wie andere Ausländer befreit.

Aufenthalt und Arbeit der EG-Bürger in Dänemark ist durch die EG-Vorschriften über die Freizügigkeit der Arbeitskräfte reguliert. Die allgemeinen Ausweisungsvorschriften finden jedoch auch auf sie Anwendung, was zur Zeit in Dänemark zur Debatte steht, daß ein Rechtsanwalt die Auffassung vertritt, daß die dänischen Vorschriften straffer seien, als durch die EG-Vorschriften erlaubt. Dies wird im Augenblick beim Europäischen Gerichtshof geprüft.

Was andere Ausländer betrifft, halten sich zur Zeit ungefähr 60.000 in Dänemark auf. Der größte Teil von ihnen kommt aus der Türkei. Darüber hinaus machen Pakistanis und Jugoslawen ziemlich große Gruppen aus. Zahlenmäßig handelt es sich somit um eine kleine Gruppe, nur ca. 1 Prozent der dänischen Bevölkerung.

Generell kann man durch Gesetz die dänische Staatsangehörigkeit erwerben, wenn man sieben Jahre in Dänemark gewohnt hat, einigenmaßen dänisch sprechen kann, keine ernsthaften Strafen bekommen hat und die Eingliederung im übrigen als erfolgreich gilt.

Ist man dänischer Staatsbürger, so genießt man dieselben Rechte wie Leute, die bei der Geburt die Staatsangehörigkeit erworben haben.


Mit den allgemeinen Einwanderungsstopp in Dänemark kommen außer nordischen und EG-Staatsbürgern nur noch zwei Gruppen neuer Ausländer, und zwar die Familienmitglieder der Einwanderer und Flüchtlinge.


Während der letzten Monate hat Dänemark ziemlich viele Asylanten empfangen, besonders aus Iran. Dies hat vor ca. 3 Wochen dazu geführt, daß der konservative Justizminister eine Straffung der Flüchtlingsvorschriften des neuen Gesetzes wünschte, was aber von der Mehrheit im Folketing abgelehnt wurde.


Die Eltern jedoch nur dann, wenn sie in Heimatland keine Kinder haben, die die Fürsorge über-
nehmen können. Weiterhin hat der Ehegatte oder
der dem ähnliche Partner Recht auf Erteilung
der Aufenthaltserslaubnis. Weiterhin kann etwas
einzelneren Verwandten Aufenthaltserslaubnis er-
teilt werden; dies wird aber wegen der strengen
verwaltungsgemäßen Praxis in Dänemark wahr-
erscheinlich nur noch selten vorkommen.

Aufenthaltserslaubnis kann im Hinblick auf un-
befristeten Aufenthalt oder zeitweiligen Aufent-
halt erteilt werden. Die Aufenthaltserslaubnis der
Flüchtlinge dauert, bis sie freiwillig in einem
anderen Land Aufenthalt nehmen. In Verbindung
mit der Familienzusammenführung wird auch un-
befristete Aufenthaltserslaubnis erteilt. Zeit-
weise Aufenthaltserslaubnis wird am häufigsten
Leuten erteilt, die wegen der Ausführung einer
bestimmten Arbeit oder zwecks Ausbildung kommen.

Wenn es sich um Aufhebung der Aufenthaltserslaubnis
und um Ausweisung handelt, sucht die dänische Gesetz-
gebung auf dem sogenannten Stufenleitermodell.
Das heißt, je länger der Aufenthalt in Dänemark,
desto geringere Möglichkeiten der Ausweisung durch
die dänischen Behörden.

Die 2-Jahre-Grenze ist eine wichtige Grenze. Inner-
halb von zwei Jahren kann man aus Versorgungs-
gründen, wegen Scheitern der Ehe, der der Aufent-
haltserslaubnis zu Grund lag, oder wegen gesetz-
widrigen Ernährungsverfahrens ausgeschieden
werden. Hat man sich mehr als zwei Jahre im Hin-
blick auf Aufenthalt auf die Dauer aufgehalten, so
cann einem nur dann die Aufenthaltserslaubnis ent-
zogen werden oder man kann nur dann ausgewiesen
werden, wenn man kriminelle Handlungen begangen
hat. Man ist aber nie gegen Ausweisung gesichert.

Hat man sich mehr als sieben Jahre legal aufgehalten,
so ist schwere und anhaltende Kriminalität oder

Verbrechen gegen die Staatssicherheit erforderlich,
um ausgewiesen zu werden. Nach Aufenthaltszeiten
zwischen zwei und sieben Jahren kann Ausweisung je
nach der Schwere der betreffenden Kriminalität er-
folgen. Die Entscheidung über die Ausweisung er-
geht vom Gericht in Verbindung mit der Hauptver-
handlung. In Verbindung mit der Entscheidung hat
das Gericht außer der Kriminalität auch die eher
persönlichen Verhältnisse der Ausländer – Alter,
Gesundheit, Verbundenheit mit dem Land, eventuell
fehlende Verbundenheit mit dem Heimatland
und Familienverhältnisse – zu berücksichtigen.

Zusammenfassend kann ich sagen, daß es schwierig
ist, in Dänemark Aufenthalts- und Berufserlaub-
nis zu bekommen, wenn man nicht Flüchtling ist.
Wenn sie aber einmal erteilt ist und man sich
zwei Jahre legal im Lande aufgehalten hat, dann
müßten aber schwere Gründe für eine Ausweisung
vorliegen. Man ist als Ausländer nie gegen Aus-
weisung gesichert. Dagegen sichert nur die dän-
sche Staatsangehörigkeit.

Wenn ich kurz auch andere Rechte der Ausländer
erwähnen soll, besteht der Ausgangspunkt darin,
daß Ausländer von denselben Gesetzen und Vorschriften
wie die Dänen umfaßt sind. Das heißt, daß sie
oft de facto wegen Vorurteile der Dänen, Kultur-
zusammenstöße, Sprachunterschiede unter anderem
schlechter als die Dänen gestellt sind.

So ist z.B. die Arbeitslosigkeit unter Ausländern
fast doppelt so hoch wie unter Dänen. Aber unter den
Ausländern gibt es wiederum große Unterschiede. Die
Türken haben bei weitem den höchsten Arbeitslosig-
keitsanteil. Es besteht ein Zusammenhang zwischen
Arbeitslosigkeit und Ausbildung. Unter Ausländern
ist das Ausbildungsniiveau allgemein viel niedriger
als unter den Dänen. Nach meiner Auffassung, weil
wir uns schon in der Gesamtschule für die Vorbe-
Reitigung der Jugendlichen auf eine Erwerbsausbildung nicht genügend eingesetzt haben. Wir verlangen oft in Dänemark, daß die Ausländer sich dänischen Verhältnissen anpassen sollen, ohne dabei ihre Voraussetzungen genügend zu berücksichtigen und ihnen ausreichende Möglichkeiten für die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Kultur zu geben.

Es gibt auch in Dänemark verschiedene rassistische Bewegungen. Es gibt eine Partei, die jedoch keinen großen Anschluß hat, die vorgeschlagen hat, daß ausländischen Arbeitern ein Geldbetrag ausgezahlt werden sollte und daß sie danach rausgeschmissen werden sollten.

Die bürgerliche Regierung hat ein viel restriktiveres Ausländergesetz gewünscht, konnte aber dafür keine Mehrheit im Folketing erzielen. Es besteht somit politische Mehrheit in bezug auf eine angemessene Behandlung der ausländischen Arbeiter. Es ist aber eine sehr knappe Mehrheit und wir müssen die ganze Zeit darauf vorgebereitet sein, daß sowohl die Regierung als auch die Verwaltung die Vorschriften restriktiver auslegen werden, als wir, die wir das Ausländergesetz unterstützt haben, möchten. Und deshalb müssen wir immer darauf achten, denn die Lage nicht schlimmer wird. Und deshalb bin ich auch froh, daß ich heute hier bin, um die Solidarität zwischen den Demokraten in Dänemark und Deutschland zu unterstützen.

Van der Lek
Mitglied des Europarates
Parlamentssenator der
Pazifistischen Sozialistischen Partei
Liebe Freundinnen und Freunde!

Auch ich will versuchen, auf Deutsch zu reden. Viel-leicht wird es irgendwo schiefgehen, aber das wird mir hier wohl verziehen, glaube ich.

Im Namen der Parteien aus den Niederlanden, die sich in dem Grün-Progressiven Bündnis zusammengeschlossen haben, sind die pazifistisch-sozialistische Partei, die radikale Partei, eine Grüne Partei und die Kommunistische Partei der Niederlande. Die Parteien haben mich beauftragt, Euch unsere größte Solidarität zu überbringen.


Es gibt in Holland etwa eine halbe Million, 600,000 ausländische Arbeiter, Fremdarbeiter. Es gibt in Holland auch noch viele andere Ausländer, die aus den ehemaligen Kolonien kommen. Leider muß man sagen, daß gegen beide Gruppen die Diskriminierung unter der Bevölkerung zunimmt. Auch die konservative Regierung versucht, die Rechte der Ausländer einzuschränken.


Das Aufenthaltsrecht wird mehr und mehr eingeschränkt. Wenn Leute arbeitslos geworden sind, versucht man, sie herauszuschmeißen. Und neulich gab es eine neue Maßnahme, die sehr ungerecht war, daß junge Ausländer der zweiten Generation nur heiraten dürfen, das heißt ihnen dürfen nur eine Gattin ins Land kommen lassen, wenn der junge Mann ein bestimmtes Gehalt verdient, das viel zu hoch ist, das er nicht verdienen kann, so daß er auch nicht heiraten kann. Es ist unglaublich, aber es ist wahr. Und so gibt es viele Versuche, die Rechte der Ausländer auch in meinem Lande einzuschränken.

Wir von den verbündeten Parteien denken, das ist sehr schlecht. Nicht nur, weil die Ausländer noch weitaus nicht gleichberechtigt sind, aber auch, weil, wenn die Regierungen solche Maßnahmen treffen, sie damit die diskriminierenden Auffassungen und Gefühle unter der Bevölkerung verstärken. Es ist sehr gefährlich, wenn auch die Regierungen den Eindruck erwecken, daß Ausländer andere Mitbürger sind als die Leute, die von früher her im Lande wohnen. Dann wird nämlich eine Rechtferdigung gegeben für alle die Gefühle, die in diesem Moment wieder aufsteigen, daß die Ausländer irgendwo die Ursache sind von den Problemen, die wir in diesem Lande haben. Und ich möchte noch einmal unterstreichen, obwohl das schon viele Male geschehen ist, daß das eine Lüge ist, es ist nicht wahr. Im Gegenteil, sie haben in der vergangenen Zeit geholfen, den Wohlstand für alle zu erkämpfen und zu schaffen. Und es wäre sehr schlecht, wenn sie heute rotieren sollten, wie das irgendwelche Leute offensichtlich wollen.
Im Gegenteil, ich glaube nur, wenn wir alle zusammen kämpfen gegen die Wirtschaft und das internationale Kapital, das die wirtschaftliche Entwicklung beherrscht, nur wenn wir alle solidarisch dagegen streiten, wird es sich ändern. Wir haben ein gemeinsames Interesse daran, daß alle gleichberechtigt sein sollen und werden.


Ich stimme denn auch der vorgeschlagenen Abschlußerklärung dieser Versammlung völlig zu. Nur solidarisch können wir eine friedliche und menschenfreundliche Welt schaffen.

Ich plädiere für internationale Solidarität!
Schlußwort


Ich schließe damit die Abschlußerklärung dieser Konferenz an.

Wir sind davon ausgegangen, daß diese Erklärung den Konsens aller hier Anwesenden finden kann. Ich kann mich nicht vorstellen, daß die Erklärung auf Einwände deshalb stoßen könnte, weil sie vielleicht zu radikale Forderungen stellt. Eher wäre es schon denkbar, daß der eine oder andere vielleicht die hier aufgestellten Forderungen noch zu bescheiden formuliert findet. Er möge aber vielleicht bedenken, daß es hier darum geht, eine möglichst breite Basis zu finden. Nach den Beiträgen der Konferenz zu urteilen, müßte die vorbereitete Erklärung eigentlich die Zustimmung aller finden können. Sie lehnt sich im Wortlaut auch in ungefähr an einen Text an, der in der Einladung an die meisten Gäste gegangen ist. Ich lese das nun vor:

Abschlußerklärung der internationalen Konferenz am 27.10.1984 in Frankfurt a.M., DGB-Haus, gegen das neue Ausländergesetz, für volle Gleichberechtigung:
Das Konzept des Bundesinnenministerns für ein neues Ausländergesetz wird die schon bestehenden Unsicherheiten der rechtlichen Lage der Ausländer noch verschärfen und die wenigen Rechte, die bis jetzt gewährleistet waren, drastisch beschneiden.

Angesichts dieser Tatsache ist es notwendiger denn je, die Ablehnung des neuen diskriminierenden Ausländergesetzes zu fordern, für die volle Gleichberechtigung der Ausländer einzu­treten.

Wir fordern eine Ausländerpolitik, die den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern volle Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen garantiert.

Das Recht auf einen gesicherten Dauer­aufenthalt in der Bundesrepublik, keine Ausweisungen mehr, auch keine Ausweisungen von Ehefrauen, wenn sie sich von ihren Ehemännern getrennt haben. Das uneingeschränkte Recht, mit den Familienangehörigen, Ehepartnern und Kindern, in der Bundesrepublik zusammenzuleben.

Die Maßnahmen zur Einschränkung der Familienzusammenführung sind aufzuheben.

Volle rechtliche und soziale Gleichstellung mit den innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland geborenen Menschen.


Wir fordern ferner:
Uneingeschränkte Geltung des Grundrechts auf Asyl nach Artikel 16 des Grundgesetzes für politische Flüchtlinge,
Arbeitserlaubnis für Asylsuchende vom ersten Tage des Aufenthaltes in der Bundesrepublik an,
keine Internierung von Asylsuchenden in Sammel­lagern,
keine Abschiebung von Asylsuchenden in ihr Herkunftsland, soweit nur der leiseste Verdacht besteht, daß dort Haft oder gar Polter und Tod auf sie warten könnten!
Keine Weitergabe von Daten Asylsuchender an die Geheimdienste – weder des In- noch des Auslandes!

Und vor allem die sofortige Zurücknahme der diskriminierenden Vorschläge der Bund-Länder-Kommission Ausländerpolitik (Zimmermann-Papiere).
Rolf Geffken

Die „Demokratie“ der Militärs
Analyse der neuen türkischen Verfassung
zweisprachig/iki dilde

Eingeleitet von Klaus Thüsing

Wenn Sie die Mitglieder des Friedensvereins der Türkei unterstützen wollen, können Sie dies tun, indem Sie sich mit einer Postkarte an die türkische Botschaft (Uestr. 5300 Bonn) wenden und  

1. die unverzügliche Freilassung der Mitglieder des Friedensvereins.  
2. die Aufhebung des Verbots des Friedensvereins.  
3. die Beendigung des Prozesses gegen den Friedensverein verlangen.  

Wenn Sie die Verfolgten und eingekerkerten Demokraten und ihre Angehörigen in der Türkei materiell unterstützen wollen, können Sie dies mit einer Spende an das Konto der Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei tun. Die Beträge werden ausschließlich für humanitäre Zwecke verwendet.

INITIATIVE
„Solidarität mit den Demokraten der Türkei“
C/O H.J. LEMMER  
Dickermühlens Str. 15  
5657 HAAN 1

SONDERKONTO PFARRER HÖHN  
„Hilfe für die Demokraten in der Türkei“
BfG Düsseldorf  
BLZ: 300 101 00  
Konto Nr. 16 61 24 77 00

presseverlag ralf theurer
FRIEDEN
VOR DEM MILITÄR TRIBUNAL

DER PROZESS
GEGEN DEN FRIEDENSVEREIN
DER TÜRKEI

FIDEF

F. ALMANYA TÜRKİYE İŞÇİ DERNEKLERİ FEDERASYONU
Federasyona Komite'n Kereen Türkiye 'ı Elmanya Federal
Federasyon der Arbeitervereine der Türkei in der BRD e.V.
Federation of Associations of Workers from Turkey in the GFR
Fédération des Associations des Ouvriers de Turquie dans la RFA

Lichtstraße 31, 4000 Düsseldorf 1, Tel: 0211/66 42 84 -BRD